

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Wahlsieg Obamas: Sieg des „neuen Amerikas“ – S. 4*
- *Sicherheitsverwahrung: Ein Plädoyer für die Reintegration – S. 12*
- *Sinti und Roma sind Schleswig-Holsteiner – S. 15*
- *Kirchliches Arbeitsrecht: Geht die Gewerkschaft Verdi in die Falle? – S. 18*
- *Warum die parlamentarische Linke jetzt helfen muss, die EU zu retten – S. 22*

Ausgabe Nr. 12 am 30. November 2012, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart. stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Schwarz-grüne Geister-Debatten

Jochen Weichold von der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat einen ausführlichen Bericht über den Parteitag von Bündnis 90/die Grünen verfasst. Wir veröffentlichen eine Zusammenfassung, vollständig ist der Text unter www.rosalux.de/news/38901/schwarz-gruene-geister-debatten.html abrufbar.

Schwerpunkte der 34. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen, die vom 16. bis zum 18. November 2012 in Hannover tagte, waren die Europapolitik, die Außenpolitik und die Sozialpolitik. Die rund 800 Delegierten wählten einen neuen Bundesvorstand und einen neuen Parteirat. Sie beschlossen den Haushalt der Partei und befassten sich mit Satzungsfragen. Die BDK diente zugleich der Vorbereitung ihres Programmparteitags im April 2013 und des Mitgliederentscheids zu den Wahlkampfschwerpunkten im



Den Grünen geht's ums Ganze – auch um den grünen Eisbären (Foto: Jochen Weichold)

Juni 2013. Zu den Gästen des Parteitages gehörte Andrea Nahles, die Generalsekretärin der SPD.

Alle Spitzenpolitiker der Grünen plädierten auf dem Parteitag dafür, im angelaufenen Bundestagswahlkampf auf Rot-Grün zu setzen. Sie waren bestrebt, der in den Medien weit verbreiteten These entgegenzutreten, die Öko-Partei würde auch eine Koalition mit den Unionsparteien eingehen, falls es für Rot-Grün nicht reichen sollte.

Europapolitik: Auf dem Feld der Europapolitik bekennen sich die Grünen zu einem offenen, solidarischen und starken Europa, das Frieden und Bürgerrechte sichert und in einer globalisierten Welt die richtigen Lösungen bietet. Angesichts der andauernden Finanzmarktkrise setzen sich die Grünen für eine starke internationale Finanzmarktregulierung, für die Schaffung eines Altschuldentilgungsfonds, für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und für die langfristige Einführung von Eurobonds ein.

Außenpolitik: Außenpolitik wurde

auf dem Parteitag der Grünen primär unter dem Aspekt des Schutzes der Menschenrechte und damit als bürgerrechtliche Frage diskutiert. Bis auf eine marginale Gruppe um den Hamburger Parteilinken Uli Cremer, die prinzipiell gegen jegliche militärische Interventionen in Krisengebieten plädierte, waren sich die Delegierten darin einig, dass nach dem 2005 von der UNO-Generalversammlung beschlossenen Grundsatz „Responsibility to protect“ Militärinterventionen zum Schutz von Menschenrechten als Ultima Ratio zulässig sind.

Sozialpolitik: Bereits im Vorfeld der BDK zeichneten sich auf dem Feld der Sozialpolitik zwei Streitpunkte ab. Der erste Streitpunkt betraf die Höhe, auf die das Arbeitslosengeld II angehoben werden soll. Der Antrag des Bundesvorstandes fixierte zwar grundsätzlich das Ziel der Partei, den Regelsatz für Erwachsene auf 420

Euro heraufzusetzen. Damit wollten sich Parteilinke wie der Berliner Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg nicht abfinden. Sie verwiesen auf die Berechnungen der großen Wohlfahrtsverbände und forderten eine Anhebung des Regelsatzes auf rund 475 Euro bzw. 480 Euro für Alleinstehende. Nach Debatten hinter den Kulissen, bei den sogenannten Antragstellertreffen, zog jedoch der Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg seinen Antrag zurück. Beschlossen wurde schließlich in Hannover der Satz: „Wir wollen den Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro erhöhen.“

Der zweite Streitpunkt betraf die Frage der Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger. Hier plädierte der Grünen-Vorstand in seinem Antrag für ein „Sanktionsmoratorium“. Auch dagegen rebellierten Parteilinke aus Berlin und aus Nordrhein-Westfalen und forderten in mehreren Anträgen einen endgültigen Stopp der Sanktionen bzw. „eine sanktionsfreie Grundsicherung“. In der schriftlichen Abstimmung über den Antrag, die Sanktionspraxis zu beenden, unterlagen die Parteilinken mit 297 zu 391 Stimmen nur vergleichsweise knapp.

Andere Fragen: Die sogenannten V-Anträge betrafen – neben anderen Problemen – die Asyl- und Flüchtlingspolitik, die Frage der Beschneidung, die Energiepolitik, die Angabe der CO₂-Emissionen bei allen Fernverkehrsmitteln, die sozial-ökologische Transformation für globale Klimagerechtigkeit, das Arbeitsrecht in Betrieben in kirchlicher Trägerschaft und die Rüstungspolitik.

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Wahl des Bundesvorstandes und des Parteirates: Der alte Bundesvorstand der Grünen ist auch der neue. Alle Mitglieder des Gremiums traten ohne Gegenkandidaturen an. Bei den Wahlen zum einflussreichen Parteirat, der den Vorstand berät und über Strategien entscheidet, bewarben sich 16 Kandidatinnen und Kandidaten für 13 Plätze. Nach der Urwahl der Spitzenkandidaten konnte es nicht verwundern, dass Jürgen Trittin und Katrin Göring-Eckardt klar den Einzug in dieses Gremium schafften. Überraschend verfehlte hingegen der Hardcore-Realo Boris Palmer (grüner Oberbürgermeister von Tübingen), ein Vorkämpfer für Schwarz-Grün, einen Sitz im Parteirat.

Bilanz: Erstens nutzten die Grünen die BDK zu ihrer weiteren Profilierung als Bürgerrechtspartei, um in den bevorstehenden Wahlkämpfen für die Landtagswahlen in Niedersachsen und in Bayern und insbesondere für den Bundestag noch besser die moderne bürgerliche Mitte zu erreichen. Dabei dürfte ihnen auch helfen, dass die Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt, die eine wichtige Rolle in der Evangelischen Kirche spielt, als klassische Vertreterin des bürgerlichen Lagers gilt. Gleichzeitig rückten die Grünen die soziale Frage stärker in den Fokus der Partei. Hier wollen die Grünen nicht nur Anhängsel der SPD sein, obwohl ihre Positionen zu denen der Sozialdemokraten passfähig sind.

Zweitens folgte die Parteibasis weitgehend den Forderungen der Parteiführung, Realismus an den Tag zu legen und möglichst nichts zu versprechen, was man dann in der angestrebten Regierungsbeteiligung (insbesondere auf dem Feld der Sozialpolitik) nicht halten kann. Da die BDK ohne größere Auseinandersetzungen verlief und die Personaldebatten beendet sind, die infolge des Machtkampfes um die Spitzenkandidatur das Erscheinungsbild der Partei belasteten, ging von diesem Parteitag ein deutliches Zeichen von Harmonie und Geschlossenheit der Grünen aus, ein Signal, das die Wähler mit Sicherheit honorieren werden.

Drittens haben die Grünen auf dem Parteitag in Hannover ihren Anspruch auf eine Regierungsbeteiligung im Bund nach der Wahl im Herbst 2013 bekräftigt. Obwohl das versammelte politische Feuilleton die Grünen drängte und drängt, sich nach der Urwahl von Jürgen Trittin und Katrin Göring-Eckardt zu Spitzenkandidaten der Partei für die Bundestagswahl für eine schwarz-grüne Koalition auf Bundesebene zu öffnen, betonte der Parteitag, für eine Koalition mit den Sozialdemokraten kämpfen zu wollen und nicht für ein Bündnis mit der Union zur Verfügung zu stehen.

Jochen Weichold



Ende des Beschusses mit iranischen Raketen vom Typ Fajr 5 (kleines Bild) oder Aufrüstung mit immer größeren Raketen (großes Bild: iranische Marschflugkörper)?

Feuerpause zwischen Israel und Gaza

FAZ, Riannovosti, maf. Seit Beginn des Jahres wurden aus dem von der Hamas regierten Gaza-Gebiet viele hundert Raketen und Mörsergranaten auf Gemeinden und Städte des israelischen Staatsgebiets abgefeuert. Im Oktober und November nahmen nach übereinstimmenden Meldungen die Kampfhandlungen zu. Grenzposten und -streifen der israelischen Armee wurden beschossen. Es entstanden Gefechte. Offenbar wollten die Hamas und die Freischärler, die in Gaza operieren, zeigen, dass sie Israel empfindlich treffen können. Allein vom 10. bis 12. November sollen etwa hundert Raketen und Mörsergranaten abgefeuert worden sein. Am 15. November tötete die israelische Armee durch den Lenkwaffenangriff auf ein Fahrzeug den Chef des bewaffneten Arms der Hamas, Ahmed Jabari. In der darauf folgenden Woche entwickelte sich ein Gefecht, Israels Armee ging mit land-, luft- und seegestützten Lenkwaffen gegen Stellungen und Einsatzzentralen der Hamas und der mit ihr verbundenen Freischärler vor, die ihrerseits das Raketenfeuer auf das Staatsgebiet Israels verstärkten. Dabei kamen vermehrt Fajr 5-Raketen zu Einsatz, die mit einer Reichweite von 75 Kilometern und einer Nutzlast von 90 Kilogramm die Siedlungszentren Israels schwer gefährden. Allerdings stellte sich heraus, dass das von Israel in Zusammenarbeit mit den USA installierte Raketenabfangsystem „Iron-Dome“ seine Aufgabe weitgehend erfüllen konnte. So kam es zur Waffenruhe.

Hamas und andere haben, anders als von ihnen erwartet, kein durchschlagendes militärisches Drohmittel gegen den Staat Israel, umgekehrt konnten die Lenkwaffenangriffe Israels auf Gaza die militärische Widerstandskraft von Hamas und Freischärlern nicht brechen. Die Hamas-Regierung Gazas kann behaupten, einen bevor-

stehenden Einmarsch abgewehrt zu haben. Die Staatsregierung Israels kann darauf verweisen, dass der Raketenbeschuss zum Schweigen gebracht wurde. In der internationalen wehrtechnischen Diskussion findet die erfolgreiche Abwehr der Fajr 5-Raketen größte Beachtung, beflügelt diese Erfahrung doch die umstrittenen Investitionen in diesen Rüstungssektor. Im Nahen und Mittleren Osten zeigt sich bereits in den Vereinbarungen zur Feuerpause, dass mit dem Versagen der Fajr 5 auch der Einfluss Irans in der Region zurückgeht. Es ist möglich, dass die Hamas-Regierung in Gaza unter die Vormundschaft Ägyptens gerät, das sich verpflichtet hat, Waffen-, insbesondere Raketenlieferungen an Hamas/Gaza zu unterbinden. So verschieben sich im Drama der Staatenbildung im Nahen und Mittleren Osten die Schwerpunkte und Konfliktlinien hin zu der bangen Frage: was wird aus Ägypten, was aus Syrien – beides Staaten, die sich lange Jahrzehnte als Militärregimes reproduzierten, auf diesem Wege aber ganz offensichtlich nicht mehr weiter können.

So zeichnet sich in den gegenwärtigen schrecklichen Konflikten durch die militärische Pattsituation, die sich möglicherweise ergeben hat, eine hauchdünne Chance ab, Wege ziviler Entwicklung innerhalb der Gesellschaften und im zwischenstaatlichen Leben interessant zu machen. Diese Chance kann sich entwickeln, wenn und solange die Hamas-Regierung Gazas – vielleicht gedrängt durch Ägypten – den Beschuss Israels durch Mörsergranaten und vor allem durch Raketen unterbindet. Dies wäre auch unter militärischen Gesichtspunkten naheliegend. Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, dass mit der hohen Abfangquote die militärische Logik des Raketenangriffs keineswegs völlig ausgehebelt ist, sie könnte auch zu dem Schluss führen, die Vernichtungskraft der Raketen sei zu erhöhen.

„Sieg des neuen Amerika“ – weiterer Streit mit dem „alten Amerika“ unvermeidbar

Das im US-Blatt „The Washington Post“ zugängliche aktuelle Endergebnis (1) zur Präsidentschaftswahl am 7. November in den USA weist für den demokratischen Amtsinhaber Barack Obama 332 Wahlmänner aus (61,7%) sowie 62.611.250 Wähler (50,6%). Auf den republikanischen Herausforderer entfielen 206 Wahlmänner (38,3%) sowie 59.134.475 (47,8%). Bereits die ersten Befunde zu diesem Wahlausgang lassen ganz besonders eine sehr weitreichende Schlussfolgerung deutlich werden: So stellte z. B. der Ökonom

Paul Krugman, „New York Times“-Kolumnist und Nobelpreisgewinner, dazu fest, dass Obamas erneuter Wahlsieg ein Zeichen für ein sich änderndes Amerika sei, das nicht länger durch den nichturbanen weißen Bevölkerungsteil dominiert wird. Bereits die Koalition, die 2008 seinen ersten Sieg ermöglichte, spiegelte das Land wieder, „das wir werden“ (2). Und Howard Fineman, Seniorredakteur beim Online-Nachrichtenmagazin „The Huffington Post“, fügte in seiner Stellungnahme hinzu, Obamas Wahlsieg signalisiere

den irreversiblen Triumph eines neuen, 21.-Jahrhundert-Amerikas: multiethnisch verfasst, global in der Sichtweise und Jahrhunderte einer rassischen, sexuellen, ehelichen und religiösen Tradition hinter sich lassend (3).

1. Wer hat aus welchen Gründen für Obama oder für Romney gestimmt? Und wo?

1.1. Wählergruppen und ihre Gründe

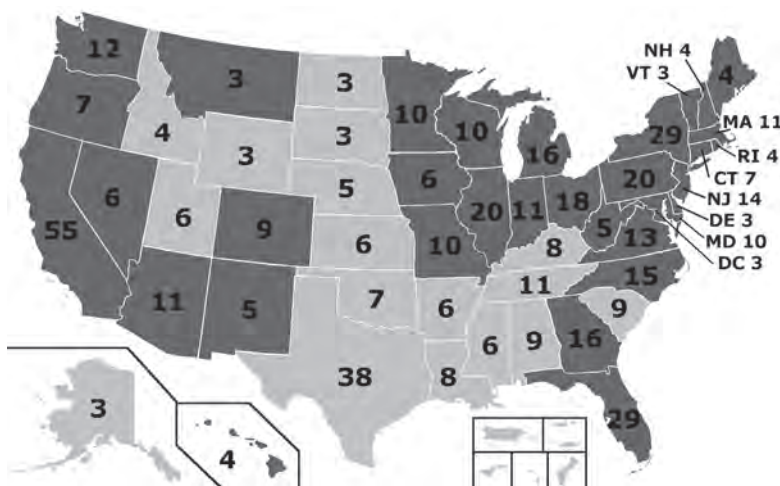
Frauen: Diese Gruppe hatte einen Anteil von 53% an der Gesamtwählerschaft, etwas mehr als ihr Anteil an der US-Bevölkerung. Davon haben 55% für Obama gestimmt und 44% für Romney. (Bei den Männern betrug dieses Verhältnis 52% für Romney und 45% für Obama). Allerdings gab es eine klare Aufteilung hinsichtlich des Ehestatus. 53% der verheirateten Frauen entschieden sich für Romney, während 67% aller unverheirateten Frauen Obama wählten.

Ethnischen Bevölkerungsteile: Der Anteil der Weißen an der Gesamtwählerschaft fiel von 77% in 2004 bzw. 74% in 2008 auf nunmehr 72% in 2012. Davon stimmten dieses Mal 39% (43% in 2008) für den Präsidenten. Obama wurde außerdem von 93% der Afro-amerikaner gewählt und von 71% der Latinos, die mittlerweile 10% der Gesamtwählerschaft stellen.

Altersgruppen: Die jüngeren Wähler hatten zum zweiten Mal einen entscheidenden Anteil am Wahlsieg Obamas. 60% dieser Wähler zwischen 18 und 29 Jahren entschieden sich für den Präsidenten; diese Altersgruppe hält einen Anteil von 19% an der Gesamtwählerschaft. In der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren wählten 52% Obama und 45% wählten Romney. Bei der Wählergruppe zwischen 45 und 64 Jahren, die nach Altersgesichtspunkten den größten Anteil an der Gesamtwählerschaft hält, entschieden sich 51% für Romney.

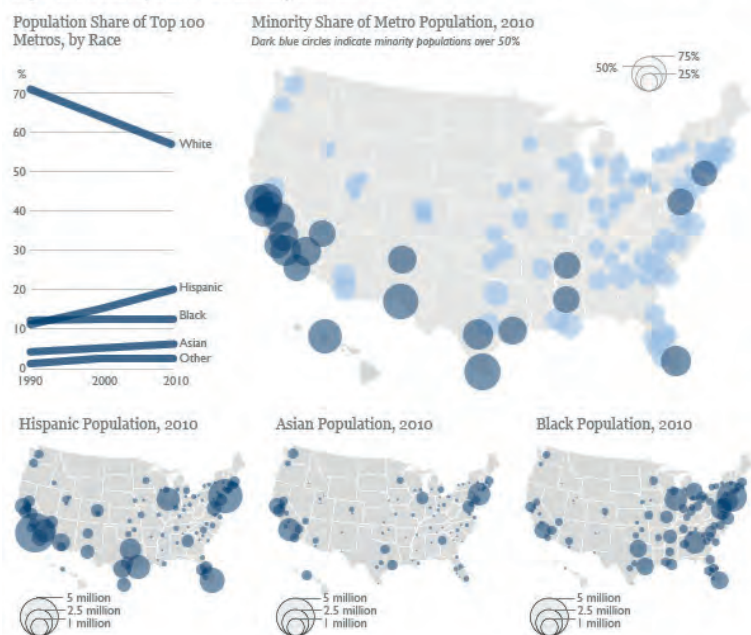
Einkommensgruppen: Aus der unteren Einkommensgruppe, die 41% der Gesamtwählerschaft stellt, haben 60% für Obama gestimmt. Aus der mittleren Einkommensgruppe waren es 46% und bei den Vermögenden wählten ihn 44%.

Religiöse Gruppen: Romney erhielt 62% der protestantischen Stimmen und 78% der Stimmen aus der Mormonengruppe. Bei den Katholiken und anderen Christengruppen entschied sich jeweils die Hälfte für einen der bei-



“Majority-Minority” Metros on the Rise

Between 1990 and 2010, the combined white share of the population in the 100 largest metro areas declined from 71 to 57 percent. In 2010, minorities (non-whites and Hispanics) comprised more than half the population in 22 of the 100 largest metro areas, up from 14 in 2000 and just five in 1990.



Oben: dunkel (im Original: blau) Bundesstaaten mit Mehrheit für Obama, hell (rot) Mehrheit für Romney. Unten: Entwicklung von „Minderheiten zu Mehrheiten“ in den Metropolen zwischen 1990 und 2010. In den 100 größten „Metros“ sank der Anteil der weißen Bevölkerung von 71 auf 57 Prozent; die größte Zunahme gab es bei den Latinos („Hispanics“).

den Kandidaten. Bei den nichtreligiösen sowie bei den jüdischen Wählern stimmten 70% für Obama. Von denen, die in Umfragen einen Kirchenbesuch pro Woche angaben, stimmten 59% für Romney. Jedoch entschieden sich 55% von denen, die angaben, wenige Male im Monat die Kirche zu besuchen, für Obama.

Themenbezogene Wählerstimmen: 59% der Wähler gaben an, dass die wirtschaftliche Lage ihr Hauptbeweggrund sei. Aus dieser Gruppe erhielt Romney 51% der Stimmen. 54% derer, die die Arbeitslosigkeit als ihr wirtschaftliches Hauptmotiv benannten, stimmten für Obama. Der Präsident erhielt zudem viel mehr Stimmen als Romney von denjenigen **Wählern**, die das (öffentliche) Gesundheitswesen und die Außenpolitik als ihr Hauptanliegen bezeichneten. Ingegnen entschieden sich die Kritiker der Staatsschulden innerhalb der Wählerschaft überwiegend für Romney.

Ohio sowie in den Ostküstenstaaten Virginia, Pennsylvania, New York, Maine und in den dortigen kleinerflächigen Neuenglandstaaten. Den Abschluss dieser Kette bildet Florida, wo ebenfalls die dortigen Bevölkerungsagglomerationen und deren spezifische ethnische Zusammensetzung den Ausschlag für die Demokraten gegeben haben. Die US-Berichterstattung zum Ausgang der Präsidentschaftswahlen betont, dass die Demokraten aber auch in den **überwiegend von den Republikanern** dominierten – weniger urbanen bzw. mehr ländlich geprägten – Regionen der restlichen Vereinigten Staaten punkten konnten. Und zwar jeweils über Teilkkräfte ihrer Interessenkoalition. Insgesamt betrachtet ist die politische Situation in allen Wahlkreisen – so die Analysten – doch eher reichlich durchmischt, mit ganz unterschiedlichen Ausprägungen entweder zugunsten der einen oder der anderen Seite. Ein speziell gefertigtes, dispro-

portional-flächiges Kartogramm der University of Michigan versucht diese Situation möglichst getreu widerzuspiegeln (5).

Portional-flächiges Kartogramm der University of Michigan versucht diese Situation möglichst getreu widerzuspiegeln (5).

lichen) Einstellungen und Werte der amerikanischen Wähler. Eine von NYT am letzten Wochenende vor der Wahl (Dienstag) durchgeführte nationale Umfrage unter 800 Wählern habe bestätigt, dass eine klare Mehrheit von Amerikanern diese Wahl im Zusammenhang mit der gesamten Bandbreite der aktuellen wirtschaftlichen Krise sowie der daraus folgenden tiefen Rezession betrachtet.

Zwei Schlüsseldaten würden beleuchten, warum die Amerikaner gegenüber Obamas Aussagen und Fähigkeiten weit aufgeschlossener waren als die Kommentatoren annahmen. Drei Viertel der Befragten hätten bekundet, dass das, womit das Land seit 2008 konfrontiert ist, „eine ganz außergewöhnliche Krise“ sei – „eine schlimmere (Krise) als wir sie je in Jahrzehnten erlebt haben“, etwa im Vergleich mit „einer typischen Rezession, die das Land alle paar Jahre erlebt“. Gleichzeitig glaubte eine klare Mehrheit (57%), dass die Probleme, mit denen das Land nach dieser Krise konfrontiert ist, „für jeden (Verantwortlichen) zu schwerwiegend sind als dass sie in einer Amtszeit gelöst werden könnten“. Lediglich 4 von 10 Befragten glaubten, dass ein anderer Präsident fähig gewesen wäre, mehr für das Wiederingangkommen der Wirtschaft zu tun als Obama.

Laut NYT würden Kürzungen von Haushaltsausgaben für sich genommen nicht die Anliegen der Wähler ansprechen. 89% der Befragten hätten (hinsichtlich der betreffenden ankreuzbaren Antwort) darin übereingestimmt, dass „wir wirkliche Investitionen tätigen müssen in Bildung“ mit dem Ziel „Weltklasseschulen zu schaffen und die Hochschulausbildung erschwinglich zu machen – damit meine Kinder auch diejenigen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten haben, die ich selbst hatte“. Mitt Romneys negatives Trommelfeuer gegen die bisherigen Bilanz des Präsidenten und sein Insistieren darauf, dass dessen ökonomische Agenda in die falsche Richtung führe, hätten die Interessenslage der Wähler ganz wesentlich verfehlt. Und zwar in einem solchen Ausmaß, dass beides die zentrale Prämisse seiner Kandidatur unterminiert habe – seine ökonomische Expertise. Romney habe eine Wirklichkeit beschrieben, die losgelöst war von den Lebensumständen der Wähler sowie vom Kontext ihrer Sicht auf die wirtschaftliche Lage (6).

2.2 „Was Obamas Wiederwahlsieg für die Amerikaner bedeutet“

Ein Beitrag für CNN befasst sich u.a. mit jener Feststellung in den Wahlanalysen, derzufolge dieselbe ansteigende Bevölkerungszahl, welche keine staatliche Einmischung in gleichgeschlechtliche Beziehungen, in den Konsum von Marihuana und in die



Vertrauensvotum: Von den Wählern, die vom Kandidaten insbesondere eine „Vision für die Zukunft“ erwarteten, wählten 54% Romney und 45% Obama. Jedoch entschieden sich 81% von denjenigen Wählern für Obama, die sich einen Präsidenten wünschten, der sich „um Leute wie mich kümmert“. (4)

1.2 Geographische Verteilung der Stimmenehrheiten für Obama bzw. Romney

Die Demokraten konnten ihre Mehrheiten (sowohl in der Westhälfte wie auch in der Osthälfte der USA) hauptsächlich in den eher metropolitanen bzw. urbanen Regionen mit hohen Bevölkerungsanteilen sichern. Solche Regionen befinden sich einerseits in den Bundesstaaten Kalifornien, Oregon, Washington, Nevada, Colorado und New Mexiko. Und sie befinden sich andererseits südlich der Großen Seen bzw. der ostwärtigen Grenze zu Kanada in den Bundesstaaten Minnesota, Iowa, Wisconsin, Illinois, Michigan,

portional-flächiges Kartogramm der University of Michigan versucht diese Situation möglichst getreu widerzuspiegeln (5).

2. „Gespaltene Nation...“, welche Befunde finden sich dazu?

2.1. „Werte, nicht Demographien, haben die Wahl entschieden“

In einem Beitrag für die „New York Times“ (NYT) wird eingangs darauf verwiesen, dass viele Berichterstattungen zum Resultat der Präsidentschaftswahl am 7. November 2012 den Fokus auf die Kraft von Obamas Koalition aus Minderheiten, Frauen und jüngeren Wählern gelegt haben. Aber diese analytische Betrachtung verfehle den „wirklichen Punkt“. Die Konturen dieses Wahlkampfes seien weniger durch den demographischen Wandel des Landes geformt worden sondern durch die zugrundeliegenden (persön-

Schwangerschaftsverhütung wünscht, gleichzeitig eine auf Einschluss (nicht Trennung) aller Ethnien Bedacht nehmende Regierung wünscht. Dass die Demokraten dieses Anliegen aufgegriffen haben, habe – so der Beitrag – ihren Sieg über die Republikaner ermöglicht.

Unter dem Zwischentitel „Inklusion versus Polarisierung“ bekräftigt dieser Beitrag an anderer Stelle noch einmal die eingangs angesprochene Feststellung. In diesem Zusammenhang wird Clara Rodriguez, tätig als Soziologieprofessorin an der Fordham Universität in New York, zitiert: Eine wachsende Zahl von Amerikanern tendiere zu einer viel weiter gefassten, viel mehr andere Mitbürger mit einschließende Auffassung von dem, was ein Amerikaner ist. Es habe sich im Verlaufe der vergangenen Jahrzehnte eine Definition „des Amerikaners“ herausgebildet, die die große Vielfalt des heutigen

dahingehend zu verstehen, dass seine Wähler ihm mehr Zeit geben wollten – und nicht so sehr eine zweite Chance. Über das gesamte Wahljahr hinweg hätten jeweilige Wählermehrheiten in den Umfragen angegeben, sie seien davon überzeugt, dass Obamas politische Maßnahmen die Wirtschaft stärken würden – vorausgesetzt sie seien auch in Zukunft noch in Kraft. Dieser Beitrag greift insofern das Thema, das im Mittelpunkt der gesamten Wahlaus-einandersetzung gestanden habe, auf: Die Rolle der Bundesregierung. Hier hätten z.B. Interviews mit Wählern zu Obamas Gesundheitsreform offengelegt, dass nahezu die Hälfte von ihnen den Erhalt dieser Reform bzw. ihre Ausweitung wünschten (8).

2.4. „Die Republikaner haben den Kulturkrieg verloren“

In einem Beitrag für CNN mit Titel „Die Republikaner haben den Kulturkrieg

sie zurückführen in den Zustand ihrer Rechte in den 50er Jahren. Zu den Minderheiten hätten sie gesagt: Die Republikaner sind Gegner staatlicher Dienstleistungen, sind kaltblütige Individualisten und können die Interessen der Minderheitengemeinden nicht vertreten. Zu den Amerikanern mit mittleren und niedrigen Einkommen hätten sie gesagt: Die Republikaner sind die Partei der Reichen, welche die Steuern nur für die reichsten Amerikaner drastisch herabsetzen will und welche die sozialen Sicherheitsnetze für die Armen kürzen will.

Anstatt – so Bennett – eine umfassende Vision für das Land anzubieten, hätten die Demokraten die Karte einer vielfältigen Identitätspolitik ausgespielt. Die Republikaner seien darin als die Schuldiggesprochenen aufge-reitet worden und die Frauen, die jüngeren Erwachsenen, die Schwarzen, die Latinos etc. als die Opfer. Und die Wähler hätten das geglaubt. Sie hätten den Demokraten geglaubt – nicht weil sie etwas Neues gesagt haben. Sondern weil dies die Schablone vieler unserer charakterbildenden Einrichtungen – unserer öffentlichen Schulen, unserer Colleges und unserer öffentlichen Universitäten – in den vergangenen 50 Jahren sei. Politik sei ein Ausfluss der Kultur. Platon habe die zwei wichtigsten Fragen in einer Gesellschaft so zusammengefasst: Wer lehrt die jungen Menschen und was lehren wir sie? Wir müssen, so schlussfolgert daher Bennett, den bisherigen Diskurs kon-tern und in solchen Begriffen sprechen und lehren wie: Familie, Glaube, Freiheit, Prinzip, Werte, Arbeit, Land, Gemeinde, Umwelt, Wachstum, Chancengleichheit. Die Republikanische Partei dürfe nicht mehr ausschließlich die Partei des Business sein. Wer die Themen und Begriffe der Diskussion, des Dialogs und der Erziehung kontrolliere, der kontrolliere das Land und daher auch die Wahlen (9).



Demonstration von Latino-Verbänden nach der Wahl vor dem Weißen Haus in Washington am 8. November: „Wir haben für Dich gestimmt, jetzt stimme Du für unsere Familien!“

Amerika widerspiegelt. Nach zwanzig Jahren Hochschullehrertätigkeit könne sie nunmehr feststellen, dass sich immer mehr Studenten als je zuvor gegenseitig für ihren ethnischen Hintergrund interessieren. Die Studenten würden den Umgang miteinander als etwas empfinden, so Clara Rodriguez, was ihnen ermöglicht voneinander zu lernen (7).

2. 3. „Analyse: Letztendlich hat Obama über das Thema Wirtschaft gewonnen“

Ein weiterer Beitrag stellt eingangs fest, dass Präsident Obama seine Wiederwahl letztlich über das Sachthema gewonnen habe, von dem zuvor gesagt worden war, dass er darüber seinen Abschied nehmen müsse: das schleppende Wiedereingangskommen der US-Wirtschaft. Das Wahlergebnis sei mehr

verloren“ analysiert William J. Bennett (ehemals US-Erziehungsminister von 1985 bis 1988 und Direktor des Amts für Nationale Drogenkontrollpolitik unter Präsident George H.W. Bush senior [1989–1993]) die kulturellen Gründe für die jüngste Wahlniederlage seiner Partei. Sein Leitthema ist: Die Republikaner müssen den Einfluss auf die kulturellen Themen zurückgewinnen! Präsident Obama habe die Wahl durch eine Zusammenführung „der am meisten einseitigen Wählerschaften in der modernen politischen Geschichte“ gewonnen.

Zu den Frauen hätten die Demokraten gesagt: Die Republikaner führen einen „Krieg gegen die Frauen“; sie versuchen, den Schwangerschaftsabbruch und die Schwangerschaftsverhütung für gesetzlos zu erklären und wollen

3. Nordamerikanische Union, Immigration

3.1. „Amerika befindet sich in Desintegration“

Das US-Magazin „The American Conservative“ hat vor einem Jahr einen Beitrag von Patrick J. Buchanan veröffentlicht; darin kommt der Autor unter anderem zu folgendem Befund:

„Sind wir...[heute] noch „ein vereintes Volk“...? ...[Das] Amerika, in dem wir aufgewachsen sind, befindet sich in Desintegration, es bricht auseinander entlang der Risse, die sich aufgetan haben hinsichtlich Politik, Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit, Kultur und Glauben... Um 2042 wird hier der Anteil der schwarzen Bevölkerung 66 Millionen betragen und derjenige des

Hispanoanteils 135 Millionen, letzterer konzentriert in den Bundesstaaten entlang der Grenze zu Mexiko. Was hält uns dann zusammen? ...Wir werden aus allen Rassen, Kulturen, Völkern...der Erde zusammengesetzt sein – ein multirassisches, multikulturelles, multiethnisches, vielsprachiges Mischgericht einer Nation, die nie zuvor existiert hat. Nie mehr werden wir alle dieselbe Sprache sprechen. Wir werden zweisprachig sein und aus zwei Nationen bestehen. Spanische Radio- und Fernsehsender sind bereits diejenigen mit dem schnellsten Wachstum. In Los Angeles spricht die Hälfte der Bevölkerung in ihren eigenen vier Wänden kein Englisch... Der moralische Konsens und der moralische Kodex, den uns das Christentum gegeben hat, sind zusammengebrochen. Seit der großen kulturellen und sozialen Revolution der 60er Jahre hat sich vollzogen, was Nietzsche die „Entwertung aller Werte“ nannte. Was moralisch als verwerflich aufgefasst wurde – Promiskuität, Homosexualität, Abtreibung – wird jetzt von ungefähr der Hälfte der Nation als natürlich, normal, gesund und fortschrittlich angesehen.“ (10)

Die Drohkulisse der „Überfremdung“, die dieser konservative Befund zur Entwicklung bzw. zur aktuellen Verfasstheit der US-Gesellschaft hier mit Bedacht entworfen hat, ist keineswegs von „Hinnahme“ bestimmt, sondern zielt durchaus auf „Gegenwehr“. [Buchanan hat u. a., wie im Juli 2011 bekannt wurde, einigen Feststellungen in Anders Breiviks Manifest ausdrücklich zugestimmt (<http://www.splcenter.org/blog/2011/07/28/pat-buchanan-says-oslo-shooters-views-may-be-right/>)]. Solche „Gegenwehr“ hat u. a. Mitt Romney in Florida anlässlich der Debatte der Republikanischen Partei zu den Präsidentschaftswahlen (am 24.1.2012) angekündigt. Auf die Frage eines lokalen Zeitungsredakteurs zu seiner Position in Sachen Immigration führte Romney unter anderem Folgendes dazu aus: „Die Antwort heißt Selbstdeportation. Das bedeutet, dass die (betreffenden) Leute zu dem Schluss kommen, dass es besser ist, wieder in ihr Heimatland zurückzugehen, weil sie hier keine Arbeit finden können – aufgrund dessen dass sie keine ordentliche hiesige Arbeitserlaubnis haben...“ Laut diesem Bericht hat Romney angedeutet, dass seine Administration es für illegale Immigranten schwieriger machen würde, Jobs zu bekommen. „Wir würden dann eine Karte zur Verfügung haben, die anzeigt, wer sich hier illegal aufhält.“ (11)

Solche konservativen Befunde und solche konservativen politischen Konsequenzen, wie sie hier beispielhaft wiedergegeben wurden, hatten bzw. haben erkennbar ihren mehr oder minder großen Rückhalt in jener anderen

Hälfte der US-Wählerschaft, die am 7. November für die Republikanische Partei gestimmt hat. Dass die konservative Seite jene (illegalen) Immigranten als „Eindringlinge“ aufbereiten kann, die letztlich die US-amerikanische Gesellschaft um ihre ursprüngliche Identität bringen wollen, hat seine Hauptgrundlage in der nahezu vollständigen öffentlichen Ausklammerung des in den USA selbst erzeugten Zwangs für Millionen von Menschen vor allem aus Mexiko und Mittelamerika zum Verlassen ihrer Heimatländer und zur Immigration in die USA.

3.2. „Wir sind hier, weil Ihr dort seid“

In der Agenda jener gesellschaftlichen Kräftekoalition, die dem US-Präsidenten die Fortsetzung sowie die Umsetzung der großen (schon 2008 angekündigten) Reformvorhaben im Rahmen der jetzt errungen zweiten Amtszeit zugewiesen wissen will, steht die Reform der Einwanderungsgesetzgebung ganz oben an. Nicht nur von der Latinoseite, sondern auch von den übrigen Koalitionskräften wurde diese Reform noch in der Wahlnacht eindringlich angemahnt. Sie wäre ein erster Schritt hin zu einem öffentlichen Eingeständnis, dass die USA selbst die Verursacher dieser Immigration sind. Der zweite notwendige, darauf aufbauende Schritt wäre ein prinzipieller außenpolitischer Kurswechsel gegenüber der Staatenwelt Mittel- und Südamerikas. Und zwar in Richtung guter – sprich: gleichberechtigter – Nachbarschaft und entsprechender Kooperation auf der Basis wechselseitiger Vorteilsnahme.

Dieser notwendige Kurswechsel hat bereits jetzt seinen Rückhalt in jenem unbefangenen und interessierten Austausch über das eigene bzw. des anderen Herkommen, das Prof. Clara Rodriguez z.B. zunehmend für die Studentengenerationen der jüngeren Zeit feststellen kann – und welcher z.B. auch in den US-Gewerkschaften sowie im kommunalen Bereich vor sich geht. In diesem Austausch hat die systematische und weitreichende Vernichtung der vorherigen (intakten und ausreichenden) Lebensbedingungen der mexikanischen Landbevölkerung durch US-amerikanische Lebensmittelkonzerne und durch die einseitige Vorteilsnahme der US-Konzerne im Rahmen der Nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) einen zentralen Stellenwert. Dieser Austausch ermöglicht es somit der Herkunftswelt der Immigranten, einen gleichberechtigten Platz in der Alltagswelt der US-Gesellschaft einzunehmen – und erweitert somit das kollektive Selbstverständnis aller Beteiligten um einen Horizont, der nicht nur die staatsrechtlichen Grenzen der Union transzendiert, sondern der auch die berechtigten Erwartungen der Uni-

on gegenüber ihren Bürgern erweitert um diesen Horizont der gegenseitigen Kenntnis voneinander.

José M. Alamillo, Assistenzprofessor an der Washington State University, hat das im Hinblick auf die „gegenwärtigen Diskussionen und Debatten über Immigration und die sogenannte ‚Latinisierung‘ der amerikanischen Gesellschaft“ wie folgt auf den Punkt gebracht: „Die Erfahrungen des Latino und der Latina können nicht verstanden werden ohne die Analyse jener langen Geschichte der Verwicklungen der Vereinigten Staaten in Lateinamerika [in Gestalt] von territorialer Expansion, Anzetteln von Kriegen und militärischer Intervention, von durchgeführten Kanalprojekten, vom Installieren von Marionettenregimen, von der Ausbeutung von Rohstoffen und billiger Arbeitskraft, vom Investieren ausländischen Kapitals und der Formulierung von Freihandelsverträgen. Wenn somit Immigranten aus Lateinamerika gefragt werden, warum sie ‚hier‘ sind, antworten sie sarkastisch: ‚Wir sind hier, weil Ihr dort seid.‘“ (12)

Hunno Hochberger

Quellen (verwendet auf Basis eigener Übersetzungen):

- (1) <http://www.washingtonpost.com/wp-srv/special/politics/election-map-2012/president/>
 - (2) The New York Times – The Real Real America, Paul Krugman; November 7, 2012
 - (3) HuffPost Politics – Barack Obamas reelection signals rise of new America, Howard Fineman; posted 11/06/2012
 - (4) BBC News US & Canada, US Election – 7. November 2012; Exit polls anatomise Obama win
 - (5) Maps of the 2012 US presidential election results – 2012 M. E. J. Newman, Department of Physics and Center for the Study of Complex Systems, University of Michigan – November 8, 2012
 - (6) Values, Not Demographics, Won the Election – By Joel Benenson; New York Times – November 7, 2012.
 - (7) *abc 15.com Everything Arizona* – 10. Nov. 2012; www.abc15.com/.../electoral-college-election-m...
 - Electoral College Election map 2012 results: What Obamas re-election victory means for Americans; Posted: 11/09/2012 by: CNN Wire
 - (8) Analysis: In the end, Obama won on the economy, By Andy Sullivan – Washington, Nov. 7, 2012 (Reuters)
 - (9) Republicans lost the culture war – CNN.com; By William J. Bennett, CNN Contributor – November 14, 2012)
 - (10) The American Conservative – <http://www.theamericanconservative.com> – Is America Disintegrating? Posted by Patrick J. Buchanan on October 20, 2011 – In Culture, Ideas, Immigration – Copyright 2011 Creators.com; CBS News/ January 24, 2012
 - (11) CBS News/ January 24, 2012, – Romney on immigration: I'm for „self-deportation“ – 2012 CBS Interactive Inc
 - (12) Bibliographic Essay on U.S. Latino/a History – José M. Alamillo, Washington State University; ohne Jahresangabe
- u. a. zusätzlich verwendete Quellen:
- Roy Germano; 18.03.2011 – How many illegal immigrants live in the United States and where do they come from?
 - The Pew Research Center..., Trends in American Values: 1987-2012; Partisan Polarization. Surges in Bush, Obama Years – June 4, 2012

Kenia: Streik im Hafen von Mombasa beendet

In Kenias größtem Hafen Mombasa haben Hafenarbeiter einen zweektägigen Streik beendet. Die nicht festangestellten Männer hatten feste Arbeitsverträge gefordert. Das Hafenmanagement habe jetzt entsprechende Verträge verschickt, hieß es. Der Streik hatte den Handel im Hafen nahezu lahmgelegt. Ein Gewerkschafter betonte noch vor dem Ende des Streiks, dass man so lange ausharren werde, bis die 1 000 Arbeitsverträge verschickt seien. Bis dahin werde die Arbeit ruhen. Auch ein weiterer Streik, der den Fährverkehr im Hafen lahmlegte, wurde beendet, nachdem Streikende und Hafenmanagement sich auf einen Zeitplan zur Lösung ihrer Unstimmigkeiten verständigt hatten.

Quelle: <http://de.euronews.com>, 2.11.2012

Namibia: NamPower-Belegschaft im Streik

Hunderte Angestellte des Stromversorgers NamPower sind am 15. November in den Streik getreten. Der Vorstandsvorsitzende von NamPower, Leevi Hungamo, erklärte in Windhoek, dass der Betrieb des Stromversorgers durch den Streik stark beeinträchtigt werde. Allerdings habe man Vorkehrungen getroffen, um vorerst die Elektrizitätserzeugung am Laufen zu halten. Erneut erklärte NamPower, dass man sich mit der Gewerkschaft und den nun streikenden Arbeitern auf den Großteil der Punkte einigen konnte. „Der Hauptaspekt, bei dem die Parteien sich uneinig sind, ist die komplette Übernahme der Krankenkassenbeiträge durch NamPower für alle Angestellte bis ins Rentenalter“, so Hungamo. Laut dem Vorsitzenden hat sich der Vorstand 2004 entschlossen, die Gewährleistung NamPowers zu senken und so allen nach August 2004 angestellten Personen den Vorteil einer Krankenkasse vorzuenthalten. Hungamo zufolge gibt es zurzeit in der Unternehmensleitung 48 Mitarbeiter, die vor dem 1. August 2004 angestellt wurden und deren gesamte Krankenkassenbeiträge, auch im Ruhestand, von NamPower gezahlt werden. Bei dem nichtleitenden Personal, das ebenfalls vor August 2004 eingestellt wurde, gebe es 509 Angestellte, deren Krankenversicherung von NamPower zu 50 Prozent bis ins Rentenalter getragen werde. „Für alle anderen Mitarbeiter – die nach dem 1. August 2004 für NamPower zu arbeiten anfangen – gibt es keinerlei Provision für eine Krankenversicherung bis ins Rentenalter“, so Hungamo. So stehe ihm zufolge 21 Führungskräften und 333 nicht leitenden Angestellten keine Übernahme der Krankenkassenbeiträge bis in

den Ruhestand zu. NamPower ist der Meinung, dass eine komplette Übernahme der Beiträge untragbar sei und das Unternehmen allein für 2012 ca. 90 Millionen N\$ koste. Am Dienstag dieser Woche hatte der Stromerzeuger mitgeteilt, dass eine Arbeitsniederlegung bevorsteht. In Sondersitzungen mit der Bergbaugewerkschaft MUN (Mineworkers Union of Namibia) hatte man versucht, einen Streik abzuwenden und sich noch zu einigen. Nachdem dies nicht möglich war, wurde gegen 6 Uhr morgens die Arbeit niedergelegt.

Quelle: <http://www.az.com.na>, 16.11.2012

Bahrain: Vorsitzende der Lehrergewerkschaft in Haft

Am 21. Oktober hat ein Berufungsgericht den Schuldspruch gegen die Führungspersonen der Lehrergewerkschaft von Bahrain (Bahraini Teacher's Association, BTA), Mahdi Abu Dheeb und Jalila al-Salman, bestätigt, und lediglich ihre Haftstrafen auf je 5 Jahre und 6 Monate reduziert. Mahdi und Jalila, Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende der BTA, wurden 2011 verhaftet, nachdem sie Aufrufe für Reformen in Bahrain unterstützt hatten. In der Untersuchungshaft wurden sie gefoltert und gezwungen, „Geständnisse“ zu unterschreiben. Im September 2011 wurden wie von einem Militärgericht schuldig gesprochen, versucht zu haben, das herrschende System gewaltsam zu stürzen, und Hass gegen das Regime gesät zu haben. Die Unabhängige bahrainische Untersuchungskommission bestätigte in einem Bericht vom letzten Jahr, dass die Behörden viele der Vorwürfe, die gegen tausende normaler Bürger erhoben wurden, die in den Protesten des „Arabischen Frühlings“ 2011 festgenommen worden waren, massiv übertrieben, wenn nicht sogar erfunden hatten. Das einzige „Verbrechen“ von Mahdi und Jalila war die Kühnheit, für Werte wie Solidarität, Gleichheit und Demokratie einzutreten. Wir müssen den Druck auf die Regierung von Bahrain erhöhen, Menschen- und Gewerkschaftsrechte zu respektieren. Education International fordert die Behörden dazu auf, Mahdi sofort und bedingungslos freizulassen und dafür zu sorgen, dass Jalila ihre verbleibende Strafe nicht absitzen muss, und alle Vorwürfe gegen die beiden fallen zu lassen.

Quelle: www.labourstartcampaigns.net, 30.10.2012

Indien: Apollo-Arbeiter beenden 17-tägigen Streik

Nach einem 17-tägigen Arbeitsstillstand im Apollo-Werk in Limda (bei Vadodara; Bundesstaat Gujarat) werden dort jetzt wieder Diagonalreifen gefertigt. Wie es dazu in lokalen Medi-

en heißt, habe das Apollo-Management eine Übereinkunft mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmervertretern unterzeichnet. Danach sollen die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Tarifparteien wieder aufgenommen werden, sobald auch wieder Reifen produziert würden. Zuvor hatte die Regierung des Bundesstaates Gujarat den Streik für illegal erklärt. Die Arbeiter kämpfen für die Anerkennung einer weiteren, vierten Gewerkschaft am Produktionsstandort. In Limda/Vadodara kann Apollo täglich rund 300 Tonnen Reifen fertigen; in den vergangenen 17 Tagen war dies lediglich ein Drittel.

Quelle: <http://www.reifenpresse.de>, 12.11.2012

Nationale Aktionswoche in australischem Hafen

Vom 12. bis 16. November untersuchten ITF-Inspektor/innen die Bedingungen an Bord von Billigflaggenschiffen, die den Hafen von Newcastle anliefen. Sie wurden begleitet von Gewerkschaftsvertreter/innen aus Hongkong, Japan, den Philippinen, Südkorea, Taiwan und Neuseeland. Der nationale ITF-Koordinator Dean Summers zu den Hintergründen: „Der Hafen von Newcastle ist der größte Kohleumschlagplatz der Welt, und von dort aus gelangen unsere Produkte auf dem Seeweg auf den internationalen Markt.“ „Wir gehen an Bord der Schiffe, um das soziale Wohlergehen, die Sicherheit und menschenwürdige Beschäftigungsbedingungen internationaler Seeleute zu



schützen, und werden den australischen Behörden alle Rechtsverletzungen oder Sicherheitsprobleme melden.“ „Schiffe, die nicht unter nationalen, sondern unter Billigflaggen fahren, sind ‚Schiffe der Schande‘. Sie lehnen die Bindung an nationale Gesetze über Mindestnormen für Sicherheit, Beschäftigungsbedingungen und das Recht auf Bezahlung ab.“ „Seit Januar haben wir bei Schifffahrtsgesellschaften, die Billigflaggen zu ihrem Vorteil nutzen, bereits ausstehende Heuern in Höhe von 1,5 Mio. Australischen Dollar (1,2 Mio. Euro) für internationale Seeleute eingetrieben“, so Summers. Die Aktion folgt auf eine Serie tödlicher Unfälle auf Billigflaggenschiffen, unter anderem der in Panama registrierten „Sage Sagittarius“, die im

vergangenen Monat in australischen Hoheitsgewässern unterwegs war. Drei ihrer Besatzungsmitglieder kamen innerhalb von sechs Monaten ums Leben. Zu den Vorfällen laufen Ermittlungen der australischen Bundespolizei, der Polizei von New South Wales und der japanischen Behörden. Die ITF fordert jedoch, dass die australische Regierung eine Untersuchung der Todesfälle durchführt. Summers erklärte, die Aktionswoche sei den drei toten Seeleuten gewidmet: Hector Collado, Cesar Llanto und Kosaku Monji.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 16. November 2012

Paraguay: Massenproteste und Streiks

Seit Tagen blockieren Kleinbauern im Süden Paraguays den Verkehr auf den größten Zufahrtsstraßen in die Hauptstadt Asunción. Mit den jeweils mehrstündigen Aktionen protestieren sie gegen ausgebliebene Entschädigungszahlungen von 250 US-Dollar pro Familie. Aufgrund der Dürre im letzten Jahr hatten die Kleinbauern massive Ernteeinbußen. Die Zahlungen, die ihnen noch von Ex-Präsident Fernando Lugo zugesichert wurden, werden dringend für die Anschaffung des neuen Saatgutes benötigt.

Emiliano Vera, Präsident der Bauernvereinigung von Itapúa erklärte dazu, dass es für die Bauern die letzte Möglichkeit in diesem Jahr sei, Baumwolle anzubauen und damit den Lebensunterhalt ihrer Familien zu sichern. Nachdem sie von der De-facto-Regierung unter Federico Franco keine Antwort auf ihre mehrfach vorgebrachte Bitte um Auszahlung der staatlichen Unterstützung erhalten haben, begannen sie die Proteste.

Zugleich traten 41 000 Studierende und Dozenten der Nationalen Universität in Asunción, einschließlich der Universitätsklinik, in den Streik, da ihnen vom Finanzministerium die staatlichen Zuschüsse gestrichen wurden. Nach der Zusage der Regierung, sofort 75 Prozent der fast 17 Millionen ausstehenden US-Dollar zu zahlen, wurde der Streik in der Hauptstadt vorerst ausgesetzt. Dieser Erfolg bewog die sieben Außenstellen der Nationalen Universität mit 35 000 Studenten und Dozenten im Inneren des Landes allerdings ebenfalls, in einen unbefristeten Streik zu treten.

Bei der Streikbewegung der Studierendenbewegung geht es aber nicht nur um die ausgebliebenen staatlichen Zuschüsse. Sie wenden sich auch gegen die geplante Novellierung des Hochschulgesetzes, das unter anderem einen massiven Anstieg der Studiengebühren vorsieht. Arturo Cano, Mitglied der Studentenvereinigung, beklagt das intransparente Vorgehen der Regierung. Er befürchtet eine neuerliche Ausgren-

zung ärmerer Bevölkerungsschichten beim Zugang zu universitärer Bildung und eine elitäre Ausrichtung der Universitäten.

Obwohl Putsch-Präsident Franco kurz nach seinem Amtsantritt seinem Vorgänger, Fernando Lugo, noch bescheinigt hatte, einen gut sanieren Haushalt hinterlassen zu haben, musste sein jetziger Finanzminister, Manuel Ferreira, nach nur vier Monaten Amtszeit einräumen, dass sich die Regierung in einer tiefen finanziellen Krise befindet und die Zentralbank um Bereitstellung von Reserven gebeten hat. Die Ursachen der Verschuldung sieht Ferreira vor allem im Anstieg der Gehälter im öffentlichen Dienst um 20 Prozent in den letzten vier Monaten, mangelhafter Steuererhebung aus der Privatwirtschaft sowie einer Klientelpolitik seitens der Parlamentarier im angelaufenen Wahlkampf zur Parlaments- und Präsidentschaftswahl im April 2013.

Quelle: <http://amerika21.de>, 28. Oktober 2012

Georgien: Busfahrer fordern bessere Arbeitsbedingungen

Die Busfahrer in Tbilissi sind am 8.11. in den Streik getreten. Sie fordern bessere Arbeitsbedingungen. Sie sind damit den dritten Tag in Folge in den Ausstand getreten. Ein Teil von ihnen sei in den Stadtrat zu Verhandlungen eingeladen worden, sagte einer der streikenden Fahrer gegenüber der georgischen Nachrichtenagentur Interpressnews. Zudem soll es Treffen mit den Abgeordneten des Parlaments geben. Die Fahrer wollen so lange streiken, bis ihre Forderungen komplett erfüllt seien. Mehr als 1.300 Fahrer sind derzeit in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Gehaltserhöhung, bessere Arbeitsbedingungen und auch eine Bezahlung für Einsätze während des von Präsident Saakaschwili begonnenen Krieges gegen Russland im August 2008. Die Fahrgäste müssen nun auf Marschrukas und die Metro ausweichen. Die Beschäftigten der Metro haben ihrerseits nun angekündigt, auch in den Streik treten zu wollen. Die Fahrer der öffentlichen Busse in Tbilissi haben ihren Streik am Sonntag weiter fortgesetzt. Ein Treffen einer Abordnung der Fahrer mit führenden Personen der Stadtverwaltung verlief ohne Ergebnis. Die Gewerkschaft der Beschäftigten der Metro in Tbilissi hat angekündigt, in den Streik treten zu wollen. Damit wollen die Beschäftigten der Metro den Streik der Busfahrer unterstützen. Sie verlangen u.a. eine Gehaltserhöhung und bessere Arbeitsbedingungen. Ein Treffen mit Verantwortlichen der Verkehrsbetriebe und der Stadtverwaltung am Sonntag war ergebnislos verlaufen, die Fahrer verlangen den Rücktritt der

beiden verantwortlichen Personen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Beschäftigten der Metro, Giorgi Chitalischwili, sagte gegenüber der georgischen Nachrichtenagentur Interpressnews, die Beschäftigten hätten der Stadtverwaltung einen Katalog mit 12 Forderungen vorgelegt. Auch sie verlangen bessere Arbeitsbedingungen und eine Gehaltserhöhung.

Quelle: <http://www.georgien-nachrichten.de>, 8.11.-12.11.2012

Verdi unterstützt gefeuerte türkische DHL-Mitarbeiter

Die deutsche Post duldet an ihrem DHL-Standort Istanbul keine Gewerkschaftsmitglieder. Verdi will das nicht hinnehmen. Seit über fünf Monaten protestieren rund 30 gefeuerte Mitarbeiter von DHL im Istanbul Industrievorort Esenyurt gegen ihren Rauswurf. Der Grund für die Kündigung: Sie wollten in die Transportarbeitergewerkschaft Tümtis eintreten. Seit eineinhalb Jahren ist Tümtis dabei, die rund 2.500 Beschäftigten von DHL zu organisieren. Doch wie in der Türkei durchaus üblich, versucht das Management, das zu verhindern. Wie das Management der Deutschen Post DHL behauptet, habe es sich in der Türkei immer nach den geltenden Gesetzen gerichtet, berichtet Stefan Teuschner, bei Verdi zuständig für Tarifpolitik. Teuschner war Mitglied einer Verdi-Delegation, die die protestierenden türkischen DHL-Mitarbeiter Anfang November besuchte. Die Teilnehmer dieser Delegation seien entsetzt gewesen. So sei Tümtis von der Betriebsleitung in die Nähe von Terroristen gerückt worden. Kenan Öztürk, Vorsitzender von Tümtis, habe berichtet: „Als ich mit dem Personalvorstand von DHL in der Türkei, Riza Balta, geredet habe, hat der mir gesagt: Bonn, also die Muttergesellschaft Deutsche Post DHL, wünsche keine Gewerkschaften bei DHL Türkei, und an diese Vorgabe werde er sich halten.“ Die internationale Transportarbeiter Föderation ITF, die Tümtis seit längerem unterstützt, hat bei dem renommierten amerikanischen Arbeitsrechtler John Logan ein Gutachten in Auftrag gegeben, das eindeutig zu dem Ergebnis kommt, dass DHL in der Türkei sich gegenüber seinen Beschäftigten „aggressiv und gesetzwidrig“ verhält. In einer Solidaritätsadresse erklärte die fünfköpfige Verdi-Delegation vor Ort ihre Unterstützung für die gefeuerten DHL-Arbeiter. „Verdi werde es nicht zulassen, dass DHL in der Türkei ihre Niederlassung mit Angst und Schrecken regiert. DHL muss wie in Deutschland auch mit der Gewerkschaft zusammenarbeiten und einen Tarifvertrag abschließen.“

Quelle: <http://www.nord-sued-netz.de> 8.11.2012

Demonstrieren für eine andere Landwirtschaft

HANNOVER. Gut 2 000 Menschen haben am 10. November 2012 in Hannover für eine andere Art der Landwirtschaft demonstriert. Sie bekundeten: „Wir haben es satt!“ – und meinten damit Massentierhaltung, Gentechnik und Pestizide. Eine Folgedemo in Berlin wird für Januar vorbereitet. Zwei Monate vor niedersächsischen Landtagswahl erhöhten die Demonstranten den Druck auf die schwarz-gelbe Landesregierung. Georg Janßen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die die Veranstaltung mit organisiert hatte, warf der Regierung vor, sie wolle „die Interessen der Agrarindustrie bedienen.“ Er fasste zusammen, worum es den Demo-Teilnehmern ging: „Wir fordern agrarpolitische Rahmenbedingungen, die eine qualitativ hochwertige Lebensmittelerzeugung, tiergerecht, gentechnikfrei, klima- und umweltverträglich und solidarisch mit den Kleinbauern in der Welt zu fairen Preisen ermöglicht.“ Weil die Regierung von Ministerpräsident David McAllister (CDU) plant, an Schulen Labors für Gentechnikexperimente einzurichten, war sie bereits im Oktober von Umweltorganisationen kritisiert worden. Für „NiedersachsenGEN“ soll ein bislang an Modellschulen laufendes Projekt deutlich ausgeweitet werden. Kritiker fürchten, damit würde mit 13 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln die „Akzeptanzbeschaffung für die Agro-Gentechnik“ an Schulen gefördert.

www.keine-gentechnik.de

Aktion zum Energiegipfel – 100 000 Unterschriften an Altmaier übergeben

BERLIN. Anlässlich des Energiegipfels von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten haben am 2. November 2012 der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Paritätische Wohlfahrtsverband und das Kampagnennetzwerk Campact die Bundesregierung aufgefordert, die Energiewende zu beschleunigen und deren Kosten gerechter zu verteilen. Bei einer Kundgebung



unter dem Motto „Schluss mit dem Bremsen – Energiewende jetzt!“ rangen eine Rösler- und eine Altmaier-Puppe mit Bürgern an einem riesigen Hebel um das Tempo der Energiewende. Zudem wurden Umweltminister Altmaier über 100 000 Unterschriften für eine faire Verteilung der Kosten der Energiewende übergeben. (Foto: BUND).

www.bund.net



4000 Aktive bei europäischem Strategietreffen

FRANKFURT A.M. Mehr als 4 000 Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Europa haben auf dem europäischen Strategietreffen Firenze 10+10 beschlossen, europaweit zum Generalstreik in mehreren Ländern am 14. November, zum EU-Frühlingsgipfel im März in Brüssel sowie zu einem großen Alternativengipfel Anfang Juni in Athen zu mobilisieren. Das Treffen am 10./11. November 2012 fand zehn Jahre nach dem ersten europäischen Sozialforum wieder wie damals in der Fortezza da Basso in Florenz statt. Zu den geplanten Protesten beim EU-Frühjahrgipfel im März sagt Steffen Stierle von der Attac-Projektgruppe Eurokrise: „Ein wichtiges Thema dieser Mobilisierung wird die konsequente Ablehnung der Pläne für eine neoliberale Fiskal- und Wirtschaftsunion sein. Wir wollen alles daran setzen, die Umsetzung dieses autoritären, antisozialen Vorhabens zu verhindern.“ Auch die erneuten Blockupy-Aktionstage im Frühjahr in Frankfurt sollen genutzt werden, um die Kritik an der neoliberalen, autoritären Transformation der EU auf die Straße zu tragen. Ein weiterer Höhepunkt des Treffens in Florenz war die Vorstellung des Alter Summit. Dabei handelt es sich um einen gemeinsamen Diskussionsprozess von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und alternativen Wissenschaftsnetzwerken mit dem Ziel, gemeinsame Forderungen zu entwickeln und Aktivitäten zu koordinieren. Münden soll der Prozess im Juni in einen großen Alternativengipfel in Athen. Wichtige gemeinsame Forderungen waren in Florenz unter anderem der Stopp der Austeritätspolitik, die Streichung illegitimer Schulden und eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten.

www.attac-netzwerk.de

Linken-Politikerin fordert ein Aussetzen der Hartz IV-Sanktionen

BERLIN. In einem offenen Brief an die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) fordert die Kovorsitzende der Linken, Katja Kipping, ein sofortiges Aussetzen der Sanktionen bei Hartz IV. Von der Leyen solle sich in der nächsten Kabinettsitzung für einen Stopp von Leistungskürzungen einsetzen, so die Linkspartei-Politikerin. Aktueller Anlass des offenen Briefes ist der Fall eines Hartz IV-Beziehers in Berlin. Seit dem ersten November befindet sich Ralph Boes im „Sanktionshunger“. Dem Berliner wurden 90 Prozent seiner Leistungen gekürzt. Boes will mit seiner Aktion darauf aufmerksam machen, unter welchem Druck Beziehender von Hartz IV-Leistungen alltäglich stehen. Es sei ein deutliches Warnsignal, wenn Menschen aufgrund von verhängten Sanktionen nur noch 37,40 Euro im Monat zum Leben haben. Aufgrund des Falls bittet Katja Kipping die Bundesarbeitsministerin, das „repressive Leistungskürzungsregime“ noch einmal zu überdenken.

www.gegen-hartz.de

Aktionswoche gegen AKW Brokdorf

BROKDORF. In der Woche vom 5. bis 11. November fanden an über 20 Orten in Norddeutschland Aktionen gegen das AKW Brokdorf statt. Ausgerufen hatte die Aktionswoche das Bündnis „Brokdorf abschalten“. Darin engagieren sich Bürgerinitiativen aus dem ganzen Norden gemeinsam mit den Umweltorganisationen BUND, Robin Wood und Naturfreunde und den Anti-Atom-Organisationen ContrAtom und Ausgestrahlt. „Über das ganze Sperrgebiet verteilt fanden Aktionen statt, darunter eine Kundgebung in Elmshorn, zahlreiche Infostände und Mahnwachen von Kiel bis Hamburg“, berichtet Jochen Stay von der Anti-Atom-Organisation Ausgestrahlt. „Darüber hinaus beteiligten sich weitere Atomkraftgegnerinnen und -gegner, indem sie ihren Ort mit Plakaten als ‚Sperrgebiet‘ markierten und den Menschen in ihrer Nachbarschaft so deutlich machten, dass ein möglicher Atomunfall im AKW Brokdorf sie direkt



betrifft.“ „Unser gemeinsames Ziel ist, dass die im Gefahrengebiet lebenden Menschen begreifen: Das störanfällige Atomkraftwerk in Brokdorf ist ein Risiko für jede und jeden von uns. Jeden Tag kann dort ein Unfall passieren und niemand wird uns vor den Folgen schützen können. Darum muss das AKW Brokdorf jetzt abgeschaltet werden – und nicht erst 2021“, so Marianne Kolter von der Anti-Atom-Initiative im Kreis Pinneberg.

www.contratatom.de

9. November 2012: Rechtsextremisten entgegentreten!

BERLIN. Pro Asyl appelliert an die Innenminister von Bund und Ländern die im Oktober gestiegenen Asylzahlen nicht zu dramatisieren. Pro Asyl warnt davor, durch Rückgriffe auf das Vokabular der 90er Jahre Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen. „Dies ist Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremen, die ausgerechnet in diesen Novembertagen zu Fackelmärschen und anderen Protesten gegen Asylsuchende aufrufen“, sagt Günter Burkhardt von Pro Asyl. Alle Demokraten und Vertreter aller demokratischen Parteien müssen Rechtsextremisten und Rassisten entschieden entgegentreten und die Grund- und Menschenrechte verteidigen. Es ist eine unerträgliche Provokation, dass ausgerechnet am 9. November Rechtsextremisten gegen Flüchtlinge demonstrieren. Europa muss insgesamt wirksame und nachhaltige Maßnahmen entwickeln, um den Rassismus zu bekämpfen, der den Roma entgegenschlägt. Hier ist die europäische Politik – auch die Bundesregierung – gefordert. Die immer wieder verlangte Aufhebung der Visafreiheit für serbische und mazedonische Staatsangehörige beinhalte keinerlei Perspektive zur Lösung. Die Visafreiheit ist ein zentraler Baustein, um den Annäherungsprozess Serbiens und Mazedoniens an die Europäische Union zu unterstützen. Pro Asyl fordert, dass in den Beitrittsverhandlungen die Menschenrechtssituation stärker als bisher thematisiert wird. www.proasyl.de

20 000 Lehrkräfte in Sachsen legten die Arbeit nieder

DRESDEN. Am zweiten Warnstreik zur Durchsetzung von Verhandlungen über eine neue Altersteilzeit im Rahmen eines Demografie-Tarifvertrages beteiligten sich an den drei aufeinanderfolgenden regionalen Streiktagen Mitte November insgesamt über 20 000 – und damit fast 75 % der rd. 27.500 aufgerufenen tarifbeschäftigten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Sachsen. In einem Brief an die Eltern heißt es: „Die Beschäftigten im Schulbereich sehen sich zu dieser Aktion gezwungen, weil das Sächsische Staatsministerium der Finanzen Ver-



Aktionen ...
Initiativen

handlungen zu einem Demografie-Tarifvertrag und zur Altersteilzeit weiterhin kategorisch ablehnt und damit zusätzliche Neueinstellungen von jungen Lehrerinnen und Lehrern verhindert. Außerdem hat die Landesregierung in keiner Weise zu erkennen gegeben, dass sie eine Verbesserung der Personalsituation an den Schulen für notwendig hält und den Entwurf des Doppelhaushaltes 2013/14 in dieser Hinsicht ändern wird. Diese Änderungen sind für ein zukunftssicheres Schulsystem aber dringend geboten. Sachsen braucht jetzt und in Zukunft mehr Lehrer, gut ausgebildete Lehrer und weiterhin hoch motivierte Lehrer.“ www.gew-sachsen.de

1500 für Hungerstreikende in der Türkei

BERLIN. Über 1500 Menschen zogen am 11. November 2012 durch den Berliner Bezirk Kreuzberg und bekundeten ihre Solidarität mit einem Hungerstreik von bis zu 10 000 politischen Gefangenen aus der kurdischen Befreiungsbewegung und der revolutionären türkischen Linken, der zur Zeit in den Gefängnissen der Türkei stattfindet. Außerdem wandten sich die DemonstrantInnen gegen eine mögliche militärische Intervention der Türkei und ihrer Nato-Partner in den Syrien-Konflikt. Aufgerufen hatte die vor allem aus türkischen und kurdischen linken Organisationen bestehende Plattform für Arbeit und Demokratie in Berlin (BEDEP) und das Berliner Bündnis gegen Krieg und Militarisierung.

de.indymedia.org

Keine Kürzung des Entwicklungsetats

BONN. Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Venro) appelliert an die Abgeordneten des Bundestages, den vom Haushaltsausschuss geplanten Kürzungen des Entwicklungsetats für das Jahr 2013 nicht zuzustimmen. Morgen beraten die Parlamentarier über den BMZ-Etat, der Bundeshaushalt wird am 23. November verabschiedet. „Die vorgesehenen Kürzungen wären ein fatales Signal. Die Bundesregierung verlöre an Glaubwürdigkeit und Reputation im Ausland“, so Venro-Vorsitzender Ulrich Post. Bisher hatte die Bundesregierung – zumindest verbal – immer wieder betont, für das Ziel einzustehen, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für entwicklungspolitische Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Auch im Koalitionsvertrag ist dieses Ziel so fest-

gehalten. Folgt das Parlament der Entscheidung der Koalitionsmehrheit des Haushaltsausschusses, dann verabschiede es sich mit einem symbolträchtigen Schritt von diesem Ziel. Auch die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) bis 2015 gerate dadurch immer mehr in Verzug, so Post. Der Entwurf des Haushaltsausschusses des Bundestages sieht vor, dass die Ausgaben für den Entwicklungsetat 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 87 Millionen Euro auf rund 6,3 Milliarden Euro sinken. Hatte die Bundesregierung erst noch eine minimale Steigerung des Bundeshaushalts von 38 Millionen Euro vorgesehen, so wurde auf der Bereinigungssitzung am 8. November dieses Jahres der Haushalt im Vergleich zum Regierungsentwurf um 124 Millionen Euro gekürzt. www.venro.org/

Unicef: Kinderrechte gehören ins Grundgesetz

KÖLN. Vor 20 Jahren hat Deutschland die UN-Konvention über die Rechte des Kindes ratifiziert. Anlässlich des Jahrestages des Abkommens, das am 20. November 1989 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde, erklärte der Geschäftsführer von Unicef Deutschland, Christian Schneider: „Die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz wäre ein Ausdruck des besonderen Respekts vor Kindern und des Willens, ihr Wohlergehen als zentrale gesellschaftliche Aufgabe anzunehmen. Ich appelliere an die Parteien und die Bundesregierung, sich konkret mit dem aktuellen Formulierungsvorschlag der Kinderrechtsorganisationen auseinanderzusetzen, und gemeinsam die Rechtsstellung der Kinder in Deutschland zu stärken.“ Zusammen mit anderen Organisationen setzt sich Unicef dafür ein, die Kinderrechte explizit im Grundgesetz zu verankern. In der vergangenen Woche hatten Unicef Deutschland, das Deutsche Kinderhilfswerk, der Deutsche Kinderschutzbund und die Deutsche Liga für das Kind dazu einen Formulierungsvorschlag vorgelegt. Unicef begrüßt, dass Deutschland gerade das Fakultativprotokoll zum Individualbeschwerdeverfahren ratifiziert hat. Kinder erhalten dadurch in Zukunft die Möglichkeit, vor dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes Beschwerde einzulegen, wenn alle innerstaatlichen Rechtswege ausgeschöpft sind. www.unicef.de/presse

Gefährliche Freiheit?

Ein Plädoyer für die Reintegration ehemaliger Sicherungsverwahrter

Hamburg. Am 21. November hatte die Linksfraktion zu einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung nach Moorburg eingeladen. Referent war Peter Asprien, ein Freiburger Sozialarbeiter und Bewährungshelfer, dessen Anfang 2012 erschienenes Buch der Veranstaltung auch den Titel lieh: „Gefährliche Freiheit? Das Ende der Sicherungsverwahrung“. Aktueller Anlass war die bevorstehende umstrittene Unterbringung ehemaliger Sicherungsverwahrter in dem kleinen Dorf im Süden Hamburgs. Rund 40 Menschen kamen, ganz überwiegend aus Moorburg, und es entwickelte sich eine spannende Diskussion.

Widerstand gibt es oft, wenn aus der Sicherungsverwahrung Entlassene, also freie Menschen, irgendwo hinziehen. Trauriges Beispiel ist das Dorf Insel in Sachsen-Anhalt. Hier führt der Zuzug von zwei ehemaligen Sicherungsverwahrten seit Monaten zu wütenden Bürgerprotesten unter der Devise „Der Schutz der Bevölkerung hat Vorrang“, Proteste, an deren Spitze sich die NPD und örtliche Kameradschaften setzten und die den beiden Männern das Leben schwer machen.

Widerstand und regelmäßige Demonstrationen und „Mahnwachen“ einer „Bürgerinitiative“ gab es monatelang auch in Hamburg-Jenfeld, als der Senat Anfang des Jahres drei ehemalige Sicherungsverwahrte in einem öffentlichen Gebäude unterbrachte, befristet bis Ende November. Im August teilte der Senat seine Entscheidung mit, diese drei Männer nach Ablauf der Frist in Moorburg unterzubringen, dafür ein Haus herzurichten mit drei Wohnungen sowie Räumen im Erdgeschoss für die Polizeikräfte, die die Männer rund um die Uhr überwachen, sowie die psychosoziale Betreuung der drei. Inzwischen haben zwei von ihnen eine andere Perspektive gefunden, sodass von den ursprünglich drei Männern absehbar nur noch einer nach Moorburg ziehen wird. Doch bei diesem einen soll es nicht bleiben, weil der Senat vorhat, ähnliche „Fälle“ zukünftig ebenfalls nach Moorburg zu bringen. Das versteift den Widerstand enorm, und unter den Moorburgerinnen und Moorburgern, das machte auch die Diskussion deutlich, herrschen teilweise Verzweiflung und Resignation.

Tatsächlich ist der Konflikt komplex. Die Unterbringung der ehemaligen Sicherungsverwahrten wird von den meisten Veranstaltungsteilnehmern als Tropfen gesehen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Moorburg mit seinen noch gut 700 Bewohnern leidet unter Per-

spektivlosigkeit. Und die Bevölkerung leidet darunter, in überproportionalem Ausmaß Lasten tragen zu müssen, die aus der Entwicklung der Groß- und Hafenstadt Hamburg und aus falschen politischen Entscheidungen resultieren. Seit 1982, also seit 30 Jahren, liegt Moorburg im Hafenerweiterungsgebiet. Das heißt: Sollte der Hafen neues Gelände benötigen, muss Moorburg weichen. Diese Entscheidung führte dazu, dass 80 Prozent der früheren Bewohnerinnen und Bewohner das Dorf verließen und ihre Häuser der Stadt verkauften. Obwohl eigentlich seit Langem klar ist, dass der Hafen das Gebiet nicht benötigen wird, weigert sich der Senat, die Hafenpläne zu revidieren. Er ließ sich lediglich eine Bestandsgarantie bis 2035 abringen. Die Unsicherheit bleibt. Hinzu kommt: Seit 2007 baut Vattenfall hier ein riesiges Kohlekraftwerk, das das ganze Dorf überschattet und jährlich 8,5 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen wird. Die Hafenverwaltung HPA plant in Moorburg im Zusammenhang mit der drohenden Elbvertiefung eine weitere Deponie für kontaminierten Hafenschlick. Darüber hinaus droht die geplante Verlängerung der A26 das ohnehin von Autobahnen umzingelte Dorf von Harburg abzuschneiden.

Das Besondere an Moorburg ist, dass sich das Dorf in den letzten Jahrzehnten nicht mit dem Niedergang abge-



PETER ASPRIEN

Gefährliche Freiheit?

Das Ende der Sicherungsverwahrung



Asprien, Peter, Gefährliche Freiheit? Das Ende der Sicherungsverwahrung. Verlag Herder. Aufl./Jahr: 1. Aufl. 2012. Format: 12,5 x 20,5 cm, 200 Seiten, Gebunden mit Schutzumschlag. ISBN 978-3-451-30533-7. 16,99 Euro

funden hat. Viele Bewohnerinnen und Bewohner sind höchst engagiert, entwickeln eigene Vorstellungen über Entwicklungsperspektiven, kämpfen um ihre Zukunft. Junge Leute sind zugezogen, eine Künstlerkolonie hat sich eingerichtet. Die Linke wurde in Moorburg bei der Bürgerschaftswahl 2011 mit 16,4% der Stimmen zweitstärkste Partei hinter der SPD. Die Entscheidung des Senats, ehemalige Sicherungsverwahrte in Moorburg unterzubringen, löste einen Schock aus. Die Kita z.B., die in den letzten Jahren immer mehr Kinder auch aus der Umgebung aufgenommen hatte, verzeichnet Abmeldungen. Ebenso der örtliche Reiterhof. Einige sagen, sie wollten aus Moorburg wegziehen. Viele haben Angst, dem Dorf solle der Todesstoß versetzt werden. Die CDU prägte das böse Wort vom „Mülleimer“. Und natürlich melden sich auch neben verständlichen Ängsten auch Ressentiments zu Wort.

In dieser Situation wollten wir mit der Veranstaltung für einen Perspektivwechsel werben. Ich hatte in einer Aktuellen Stunde der Bürgerschaft gesagt: „Nicht nur die ehemaligen Gefangenen tragen eine Verantwortung für ihre Reintegration in die Gesellschaft – nein, die ganze Gesellschaft trägt diese Verantwortung. Die Verantwortung für die Reintegration von Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, ist schwer. Sie weckt Ängste, ernstzunehmende Ängste, auch irrationale Ängste. Die Reintegration ist anstrengend, sie ist

Arbeit, sie kann fehlschlagen, aber das alles ändert nichts daran, dass vom Standpunkt der Menschenrechte, vom Standpunkt der Menschenwürde diese Arbeit geleistet werden muss.“ Kann man konkreten Menschen in einem konkreten Konflikt eine solche Aufgabe abverlangen? Oder sollte die Linke angesichts der schon besonderen Situation im Moorbürg die unterstützen, die den Einzug ablehnen? Überhaupt: Gäbe es nicht andere, adäquatere Lösungen, vor allem die Möglichkeit einer anonymen Unterbringung?

Das ist konkret nicht leicht zu beantworten. Auch in der Linken gibt es unterschiedliche Positionen. Die Harburger Bezirksfraktion neigt mehr der Ablehnung des Standorts Moorbürg zu, während die Bürgerschaftsfraktion sich dafür einsetzt, dass der letzte der drei ehemaligen Sicherungsverwahrten, um die es geht, in Moorbürg endlich Ruhe und womöglich ein Zuhause findet.

Fest steht aber: Vermeintlich einfache Lösungen gibt es nicht. Das zeigt die Vorgeschichte, die für Hamburg spätestens im Sommer 2010 beginnt: Herr W., der nach einer Gefängnisstrafe von sieben Jahren und anschließenden 22 Jahren Sicherungsverwahrung aufgrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Freiburger Gefängnis entlassen wurde, zog damals nach Hamburg. Er fand zunächst eine für entlassene Gefangene vorgehaltene Wohnung einer Einrichtung, wurde dort von Medien aufgestöbert, von Anwohnern belagert, vertrieben, faktisch für vogelfrei erklärt, durch die ganze Stadt gejagt. Er wurde einer Rund-um-die-Uhr-Bewachung durch Polizei unterstellt, kam vorübergehend mitsamt seiner Bewachung in einem verfallenden Haus un-

ter, bis er zusammen mit zwei weiteren ehemaligen Sicherungsverwahrten in Jenfeld untergebracht wurde. Für ihn und für andere gab es die Möglichkeit, anonym Unterschlupf und Ruhe zu finden, nicht.

Das war einmal anders, sagt Peter Asprion auf der Veranstaltung. Seit Ende der 1990er Jahre wurde die Sicherungsverwahrung, ein Relikt des faschistischen Deutschland, nach der populistischen Devise von Schröder „Wegsperrn, und zwar für immer“ ständig verschärft und ausgeweitet. Die Anordnung von Sicherungsverwahrung nahm sprunghaft zu. Damit einher ging die Dämonisierung von Sicherungsverwahrten, verbunden mit extremer Ablehnung und Ausgrenzung nach der Entlassung. Aber ist es nicht so, dass Sexualstraftäter immer wieder rückfällig werden? Dass die Gefahr, dass sie nach ihrer Entlassung neue Opfer suchen und finden, sehr hoch ist? Peter Asprion bestreitet nicht, dass das Risiko einer neuen Straftat besteht. Aber er setzt sich sehr engagiert mit solchen Befürchtungen und mit der Dämonisierung auseinander. Verweist auf Studien, die ein anderes Bild zeichnen. Schildert, wie Männer, die sich unter der Bedingung jahrzehntelanger ununterbrochener Haft und Sicherungsverwahrung verschlossen und jeder Therapie verweigerten, was ihnen ein negatives Gutachten nach dem anderen einbrachte, nach ihrer Entlassung freiwillig Therapeuten aufsuchen, wie sie sich um Kooperation mit Bewährungshelfern und überwachender Polizei bemühen, darum kämpfen, in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Auch weist Peter Asprion darauf hin, dass nach Schätzungen jede siebte Frau Opfer eines sexuellen Übergriffs wird, das seien drei Millionen Frau-

en und eine in die Hunderttausende oder gar Millionen gehende Zahl von Tätern. Eingesperrt als Sicherungsverwahrte aber seien 500, auf die sich die Ängste konzentrieren. In seinem Buch schreibt er: „Letztlich erscheint Dämonisierung als ein Versuch des Menschen, für das Übel, das Schlechte, das Böse einen ursächlichen Grund zu finden, den man ausmerzen kann.“ Seine Wortbeiträge auf der Veranstaltung sind ein Plädoyer für die Abschaffung der Sicherungsverwahrung und dafür, ehemalige Sicherungsverwahrten bei ihrem schweren Weg zurück in die Freiheit zu unterstützen.

Mit vielen seiner Argumente sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung wohl zum ersten Mal konfrontiert. Einige halten dagegen. Aber auffällig ist, dass alle bemüht sind, Gegenargumente und auch die eigenen Ängste nicht gegen die ehemaligen Sicherungsverwahrten zu richten, sondern gegen den Senat, der ihnen seine Entscheidung vorgesetzt hat. Andere stellen sich der Frage: Was machen wir nächste Woche, wenn Herr P. hier in Moorbürg einzieht? Sprechen Sie mit ihm, seien Sie vorsichtig, aber nehmen Sie ihn auf, sagt Peter Asprion.

Nach der Veranstaltung diskutierten viele in kleinen Gruppen weiter. Natürlich sind die Fragen, wie es weitergehen kann, nicht gelöst. Viel hängt jetzt auch vom Senat ab. Es wäre verhängnisvoll, wenn er glaubt, in Moorbürg den Weg des geringsten Widerstandes gehen und zukünftig alle zu entlassenden Sicherungsverwahrten mit unsicherer Prognose und damit die Aufgabe ihrer Reintegration hier abladen zu können. Würde das doch heißen, dass er sich seiner Verantwortung für die Reintegration entzieht.

Christiane Schneider

Oper? Welche und warum?

KÖLN. Am 7.11. fragte die Fraktion in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW nach der Bedeutung der Oper für die Stadtgesellschaft. „Oper? Welche und warum?“ war das Thema, welches das Podium vor und mit etwa vierzig Gästen diskutierte.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Monika Blankenberg, für Die Linke im Kulturausschuss. Auf dem Podium begrüßte sie Dr. Birgit Meyer, die neue Intendantin der Kölner Oper, Stefan Rosinski, Geschäftsführer des Volkstheaters Rostock und Andreas Hupke, Sprecher der Verdi-Fachgruppe Theater und Bühnen NRW.

Die neue Intendantin beschrieb den Stand der Planung der nächsten Spielzeiten. Der plötzliche Wechsel der Lei-

tung nach der fristlosen Kündigung von Herrn Laufenberg stellt die Oper und insbesondere die neue Leiterin vor besondere Herausforderungen. In zwei bis drei Wochen seien die Planungen für die Spielzeit 2013/14 so weit, dass erste Verträge abgeschlossen werden können. Das ist für eine Oper ungewöhnlich spät. Normalerweise beginnen die Planungen für eine Spielzeit so frühzeitig, dass zwei Jahre vor ihrem Beginn Verträge mit den Sängern abgeschlossen werden können. Um diese Planungen zu ermöglichen, sind zwei Jahre üblicherweise auch die Spanne zwischen der Bestellung eines neuen Intendanten und seinem Antritt.

Warum Oper?

Grundsätzlich wurde die Debatte bei

der Frage, warum eine Stadt eine Oper brauche. Leidenschaftlich führte die Intendantin aus, dass Oper für ihre Besucher einen großen Gewinn bedeuten kann.

Andreas Hupke ergänzte mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Oper und des Theaters im Allgemeinen als moralische Anstalt, die der Gesellschaft den Spiegel vorhalte.

Die Frage sei nicht so sehr, ob eine Stadt eine Oper brauche, so Stefan Rosinski. Sie sollte eher lauten, welche Oper benötigt eine Stadt.

Birgit Meyer verwies darauf, dass die Bühnen etwa 700 Mitarbeiter beschäftigen und damit auch Handwerke pflegen, die ohne die Oper verloren gehen würden.

Oper – für wen?

Ausdrücklich wandte sich Birgit Meyer gegen das häufig gegen die Oper vor-

gebrachte Argument, dass diese nur einen geringen Teil der Bevölkerung anspreche. Auch Schwimmbäder würden nicht von jedem besucht.

Wie flexibel Oper darin sein kann, Benutzer anzusprechen, zeigen Kölner Beispiele: Pro Jahr führt die Oper 160 Workshops mit Schülern durch, die von Theaterpädagogen betreut werden. Anhand einer Aufführung in einem Kinderhospiz mit kleinem Bühnenbild und wenig Personal beschrieb Birgit Meyer die begeisterte Reaktion der Kinder.

Auch Stefan Rosinski betonte, dass die Vorstellung, Oper sei eine Einrichtung für Eliten, aus einer Zeit stammt, als Oper privat finanziert war und sich selbst tragen musste. Heute biete jede Oper auch zu niedrigen Preisen Karten an.

Was kostet Oper?

Die Kölner Oper bekommt einen Betriebskostenzuschuss von der Stadt von jetzt 32 Millionen Euro pro Jahr. Zusätzlich hat die Oper Einnahmen aus dem Kartenverkauf, aus Aufnahmen oder dem Verkauf von Inszenierungen an andere Bühnen. Sie lagen laut Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2010/11 bei etwa acht Millionen Euro, für die Spielzeit 2012/13 wird mit 6,1 Millionen gerechnet.

Im Durchschnitt, so Stefan Rosinski, wird die Oper

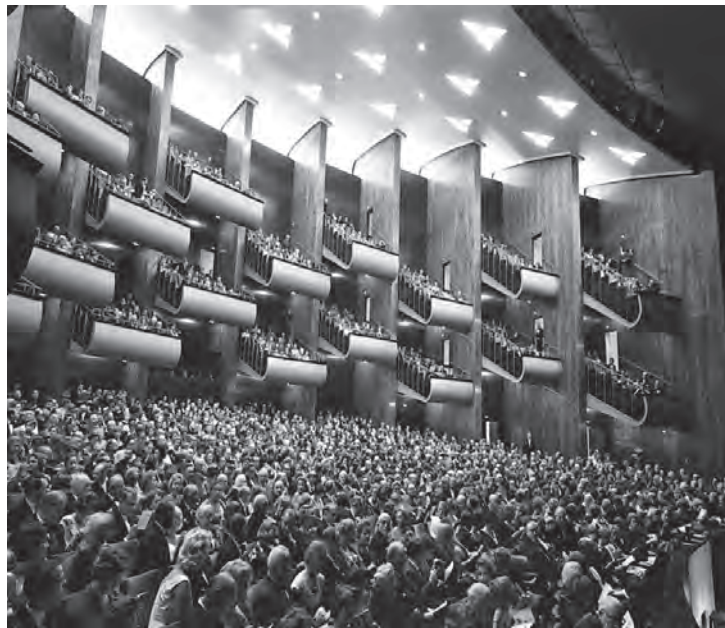
in Deutschland zwischen 80 und 85 % öffentlich finanziert. Sie wird hier als Service durch die öffentliche Hand verstanden. Das sei in anderen Ländern deutlich anders: In den USA finanzieren sich Opernhäuser gerade einmal zu 4 % durch die öffentliche Hand, die Oper in London wird zu etwa 30 % öffentlich finanziert.

Die Folgen, so Rosinski und Meyer übereinstimmend, sei zum einen ein deutlich geringeres Angebot an Oper und anderen Kultureinrichtungen in Ländern mit geringer öffentlicher Förderung, und zum anderen, dass die Geldgeber das Programm beeinflussen und sogar in Inszenierungen eingreifen.

Sorgenvolle Ausblicke

Stefan Rosinski wies darauf hin, dass auf die Oper in den kommenden Jahren in großem Umfang Kosten durch neue Tarifverträge zukommen werden. Die Kommunen hätten hierauf bislang noch nicht reagiert, obgleich zum Beispiel die drei Berliner Opern Mehrkosten von etwa 15 Millionen Euro haben werden. Zu befürchten sei, dass viele Kommunen von ihren Bühnen verlangen werden, diese Erhöhungen aus dem eigenen Etat zu tragen.

Auch dass Sanierungen häufig zu höheren Kosten bei der Instandhaltung der neuen Anlagen führen, werde von vielen Kommunen in der Planung kaum berücksichtigt.



Perspektiven

Da die Finanzierung von Kultureinrichtungen immer wieder Auseinandersetzungen bedeutet, setzte sich Stefan Rosinski dafür ein, Budgets über fünf Jahre festzulegen.

Damit hätten Bühnen die Möglichkeit zur verlässlichen Planung statt sich immer wieder in Konfrontationen aufzureiben.

Er betonte: Die Oper muss ihre Schlachten auf dem Feld der Kunst schlagen und nicht in Haushaltsverhandlungen!

*Wilfried Kossen,
Monika Blankenberg*

Aus Platzjabbeck, Zeitung der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Köln.

Mannheim

MVV Energie AG schiebt Kosten der Energiewende an Verbraucher weiter – bei den Niedrigeinkommen wird es eng!

Linke fragt die Kommune nach der Zahl der Stromabschaltungen.

Die MVV Energie AG hat angekündigt, zum 1.1.2013 die Verbrauchskosten für die Endverbraucher um ca. 10% zu erhöhen. Als Grund nennt sie die gesetzlich bedingten Erhöhungen diverser Umlagen im Rahmen der „Energiewende“. Im Einzelnen erhöht sich der Preis einer Kilowattstunde nach dem Tarif Classica wie in der Tabelle dargestellt. Für einen Drei-Personen-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3 000 kWh erhöht sich die Stromrechnung demnach um insgesamt 86,10 Euro oder 7,18 Euro monatlich. Neue jährliche Stromkosten inkl. Service-Preis:

918,13 Euro. Die letzte Strompreiserhöhung der MVV Energie AG war zum 1.1.2011 erfolgt. Damals betrug sie ca. 6% und resultierte aus einer Erhöhung

der EEG-Umlage um 1,76 Cent pro Kilowattstunde. Gleichzeitig sank jedoch die Umlage für die Kraft-Wärme-Kopplung, so dass die Erhöhung tatsächlich „nur“ 1,61 Cent pro Kilowattstunde ausmachte.

Ab 1. Januar 2013	Erhöhung um:
Erhöhung der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)	1,7 Cent/kWh
nach § 19 der Stromnetzentgeltverordnung Befreiung stromintensiver Unternehmen von den Netzentgelten	0,2 Cent/kWh
Unterstützung der Kraft-Wärme-Kopplung	0,1 Cent/kWh
Offshore-Haftungsumlage zur Unterstützung der Netzanbindung von Windparks auf See	0,25 Cent/kWh
Nach Erhöhung der Netzentgelte durch die vier großen Übertragungsnetzbetreiber um bis zu 50 Prozent Erhöhung auch der staatlich genehmigten Netznutzungsentgelte bundesweit an – in Mannheim um fast	0,2 Cent/kWh
Summe (netto)	2,41 Cent/kWh
Inkl. Mehrwertsteuer in Höhe von 19 Prozent (brutto)	2,87 Cent /kWh

16% Strompreiserhöhung innerhalb von drei Jahren: Die Energiewende muss endlich sozial verträglich finanziert werden!

Diese Strompreiserhöhungsgeschichte ist eine Geschichte der ungenierten Abwälzung von Kosten der Energiewende auf die Endverbraucher und das kleine und mittlere Gewerbe, welches mit seinen Tarifen ebenso betroffen ist. Die Energieversorgungsunternehmen – auch die MVV Energie AG

– sehen sich in keiner Weise verpflichtet, die Lasten der Energiewende mitzuschultern. E.ON und RWE haben allein im ersten Halbjahr 2012 zusammen 11,7 Mrd. Euro Gewinn gemacht. Die MVV Energie Gruppe brachte es immerhin im Geschäftsjahr 2010/11 auf ein Vorsteuer-Ergebnis von 179 Mio. Euro. Industrielle Großverbraucher werden sogar von den Lasten befreit. Hier ist die Bundespolitik aufgefordert, endlich das Ruder rumzureißen.

Stromabschaltungen in armen Haushalten verhindern!

Für die Menschen mit geringen Einkommen wird es allmählich richtig eng. Für nicht wenige ist es ohnehin schon viel zu eng. Sie können die Stromrechnungen nicht mehr bezahlen und bekommen den Strom abgedreht. Sie geraten dadurch in eine menschenunwürdige Situation – für ein „zivilisiertes Land“ nicht akzeptabel. Kein Licht, keine Kühlung von Lebensmitteln, keine Waschmaschine, kein Radio und Fernsehen, kein Internet, und irgendwann ist das Handy leer. Und wenn es beim Strom klemmt, dann ist gegebenenfalls die Gassperre auch nicht fern oder umgekehrt.

Die Linke im Gemeinderat thematisiert diesen untragbaren Zustand und fragt die Stadtverwaltung: Wie viele Menschen waren seit Januar 2011 von Strom- und Gas-Absperrrungen auf-

grund nicht bezahlter Rechnungen betroffen? Wie viele davon waren Transferleistungsempfänger? Wie verfährt in solchen Fällen das JobCenter?

In Köln beispielsweise hat die dortige kommunale Rhein-Energie begonnen, bei Zahlungsunfähigkeit von Haushaltskunden statt Stromabschaltungen programmierte Zähler zu installieren, die täglich eine Mindestversorgung mit Strom zulassen. Die MVV täte gut daran, sich wenigstens einmal in dieser Richtung Gedanken zu machen, zumal die Rhein-Energie Miteigentümerin der MVV Energie AG ist.

Letztlich ist das von der Linken Bundestagsfraktion entwickelte Modell einer kostenlosen Grundversorgung aller Haushalte mit 300 kWh pro Jahr plus 200 kWh pro zusätzlicher Person eine notwendige Konsequenz aus der Strompreiseskalation. Die Finanzierung dieses unentgeltlichen Sockelkontingents müsste aus einer Preiserhöhung für die über den Sockel hinaus bezogenen Strommengen erfolgen. Dies regt auch zur Energieeinsparung an. Eine solche gesetzlich zu fundierende Regelung wäre zumindest so lange erforderlich, wie die Transferleistungen v.a. aus SGB II und XII nicht ausreichen, um die betroffenen Haushalte in die Lage zu versetzen, „normale“ Strompreise zu zahlen. Gleiches gilt für Erwerbstätige, deren Einkommen nur wenig darüber liegt

MVV Abwrackprämie nur ein Werbegag

Da aber gerade arme Haushalte mit ihren überalterten stromfressenden Elektrogeräten auch beim Stromsparen schlechte Karten haben, fordert die Linke Bundestagsfraktion zu Recht eine Abwrackprämie von 200 Euro für jedes mindestens 10 Jahre alte Elektrogerät.

Die MVV Energie AG scheint auf diesem Weg unterwegs zu sein; denn sie verspricht in großen Lettern eine Abwrackprämie von 100 Euro je altem Großgerät. Im Kleingedruckten kommt jedoch ein übler Witz zum Vorschein: Es werde je Kampagne (Start September 2012) nur insgesamt 100 Neugeräte subventioniert, pro Haushalt nur eines. Das heißt: Es werden gerade mal 10 000 Euro zur Verfügung gestellt. Haushalte, die mit der MVV-Strom-, -Gas-, Fernwärme- oder Wasserrechnung in Verzugs sind, werden von vornherein ausgeschlossen – also genau die Haushalte, die es am nötigsten hätten!

Ist die MVV noch politisch zu beeinflussen?

Die MVV Energie AG ist seit ihrem Börsengang bekanntlich alles andere als ein kommunal leicht beeinflussbares Stadtwerk. Tarifgestaltung ist operatives Geschäft, das dem Vorstand und nicht dem Aufsichtsrat obliegt. Oder sieht das der Aufsichtsratsvorsitzende, OB Dr. Peter Kurz, anders? Am besten man fragt ihn. Die Linke macht es. *Thomas Trüper*

Endlich in der Verfassung: Sinti und Roma sind Schleswig-Holsteiner

KIEL. Am 14. November 2012 hat Schleswig-Holstein als erstes Bundesland die deutschen Sinti und Roma als Minderheit in die Landesverfassung aufgenommen. Alle Abgeordneten des Landtages stimmten der Verfassungsänderung zu. „Der Beschluss ist historisch. Die Sinti und Roma leben seit mehr als sechs Jahrhunderten in Schleswig-Holstein und gehören zu diesem Land wie Deutsche, Dänen und Friesen. Es ist ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung, dass sich dies nun endlich auch in unserer Verfassung widerspiegelt“, sagte Ministerpräsident Torsten Albig in Kiel.

Aufgrund der Initiative des Zentralrats und des schleswig-holsteinischen Landesverbands der Sinti und Roma hatte schon im Februar 1998 Ministerpräsidentin Heide Simonis eine Gesetzesvorlage für eine entsprechende Verfassungsergänzung in den Landtag eingebracht. Trotz der eindeutigen Empfehlung des Sonderausschusses „Verfassungsreform“ scheiterte der Antrag im Landtag damals an der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit. Nach 1998, 2003, 2004, 2006 und 2010 war dies nun der sechste Versuch, Sinti und Roma mit deutscher Staatsbürgerschaft in den Artikel 5 der Landesverfassung auf-

zunehmen. Die Sinti und Roma seien in allen Bundesländern beheimatet und daher keine spezifisch schleswig-holsteinische Bevölkerungsgruppe, immer wieder bremste die Union mit diesem Argument das Vorhaben aus, zuletzt im vergangenen Jahr. So kam die erforderliche Zweidrittelmehrheit in den zurückliegenden Jahren nie zustande. Diese Auffassung hat die CDU nun aufgegeben. Aber erst eine Woche vor der zweiten Lesung gab sie bekannt, dass auch sie der Verfassungsänderung zustimmen werde.

Der Zentralrat der Sinti und Roma bewertet es als großen Erfolg der Bürgerrechtsarbeit und der Selbstorganisationen der Minderheit, dass es jetzt zu dieser wichtigen politischen Entscheidung gekommen ist. „Sie wird dazu beitragen, dass viele Sinti und Roma, die aus Furcht vor Benachteiligung im Beruf ihre Minderheitenzugehörigkeit nicht offen legen, motiviert werden, sich zu ihrer Identität zu bekennen“, so Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma in Deutschland.

Der neue Verfassungstext des Landes Schleswig-Holstein lautet nun in Artikel 5 Absatz 2: „Die nationale dä-

nische Minderheit, die Minderheit der deutschen Sinti und Roma und die friesischen Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung.“ Dänen und Friesen, Sinti und Roma seien ein elementarer Teil Schleswig-Holsteins. „Die Zeit ist reif dafür, dass wir uns klipp und klar zu den Sinti und Roma bekennen“, sagte Albig am 23. August 2012 im Schleswig-Holsteinischen Landtag, als die Gesetzesvorlage von der neuen Landesregierung auf die Tagesordnung gesetzt wurde. „Die Sinti und Roma leben seit Jahrhunderten in Schleswig-Holstein. Seit Jahrhunderten gehören sie zu diesem Land. Die Menschen, die in diesem Land leben, sind für uns zuallererst Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner“. Er verwies darauf, dass Deutschland sich zum Schutz der Sinti und Roma verpflichtet habe, als es 1997 das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten als Bundesgesetz verankerte.

Es geht bei diesem Beschluss um Schutz und Förderung von autochthonen, d.h. alteingesessenen, nationalen Minderheiten. Dazu zählen in der Bundesrepublik vier: Dänen, Friesen, Sorben und die Sinti und Roma. Nach der

Sinti und Roma werden in Schleswig-Holstein erstmals im Jahr 1417 urkundlich erwähnt. Über Jahrhunderte führten sie ein Leben in Ausgrenzung und Verfolgung. Als Minderheit mit eigener Geschichte, Sprache und Kultur bereichern sie unsere gesellschaftliche Vielfalt.

Der **Verband Deutscher Sinti und Roma** in Schleswig-Holstein ist Anlauf- und Schnittstelle zugleich: Beratung, Projekte und Unterstützung für die hier lebenden Sinti und Roma auf der einen, politischer Botschafter und Vermittler auf der anderen Seite. Gemeinsam mit zahlreichen Unterstützern, stehen wir für einen toleranten Norden ohne Ausgrenzungen.



Verband Deutscher Sinti und Roma e.V.
Landesverband Schleswig-Holstein



Definition der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) sind autochthone nationale Minderheiten Gemeinschaften, die im Gebiet eines Staates geschlossen oder in Streulage siedeln, zahlenmäßig kleiner als die übrige Bevölkerung des Staates sind, deren Angehörige Bürger dieses Staates sind und die sich durch ethnische, sprachliche und kulturelle Merkmale von der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden. Sinti und Roma sind nicht nur eine anerkannte autochthone Minderheit in Deutschland und in Schleswig-Holstein, sondern sie haben diesen Status auch im Sinne der Europäischen Charta der Regio-

nal- und Minderheitensprachen. Heute leben etwa 60 000 deutsche Sinti und 10 000 deutsche Roma in der Bundesrepublik, in Schleswig-Holstein sind es nach Schätzung des „Schleswig-Holsteinischen Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma e.V.“ etwa 5 000 Menschen. Sie wohnen vor allem in den Städten Kiel und Lübeck sowie im Hamburger Umland.

Vieles kann jetzt auf den Weg gebracht werden, was bisher nur eingeschränkt oder gar nicht möglich gewesen ist: eine Verbesserung der Schul- und Berufsausbildung junger Sinti und Roma, das Leben der eigenen Kultur, ein entschiedeneres Eintreten

gegen antisemitische und antiziganistische Repressionen und der Kampf gegen behördliche Willkür. Und nicht zuletzt könnten die Sinti und Roma, ähnlich dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW), eine eigene Partei gründen: befreit von der 5%-Hürde, können sie sich an den Wahlen zum Landtag und den Kommunalwahlen beteiligen. Die Schleswig-Holsteiner Sinti und Roma wollen aber nicht nur ihre neuen verbrieften Rechte in Anspruch nehmen, sondern sich künftig auch intensiver gesellschaftlich und politisch einbringen.

Karl-Helmut Lechner

Stuttgart

Statt Milliardengrab LBBW – Eine Stadtparkasse gründen!

Am 22. November hat der Gemeinderat der Stadt Stuttgart mit 51 zu 10 Stimmen für einen Umwandlung eines großen Teils der stillen Einlage bei der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) in Stammkapital zu gestimmt. Die Stadt Stuttgart verzichtet damit auf die für die vorigen Jahre fällige Verzinsung auf die stillen Einlagen, das sind rund 100 Millionen Euro.

Die für dieses Jahr zu erwartende Dividendenzahlung aufs Stammkapital kompensiert diesen Verlust nur teilweise. Die Mehrheit des Gemeinderats war keineswegs begeistert (auch der Stadtkämmerer Föll, CDU, war „verwaltungsintern“ dagegen), wollte aber die Landesbank nicht „beschädigen“. Vor allem die Grünen, die jetzt in der Landesregierung sind, haben ihre frühere Haltung zur Landesbank geändert: vor zwei Jahren wollten sie noch die Herauslösung einer Stadtparkasse. Gegen den Beschluss stimmten neben der Fraktionsgemeinschaft SÖS/Linke, der REP-Stadtrat Schlierer, eine Stadträtin der SPD und drei aus der Fraktion der Freien Wähler. Ein Antrag von SÖS und Linke, einen Bürgerentscheid abzuhalten, wurde von den anderen Gemeinderäten abgelehnt, jetzt soll ein Bürgerbegehren (20000 Unterschriften in sechs Wochen) eingeleitet werden. Wir dokumentieren die Erklärung der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke vor der Abstimmung.

Alfred Küstler

Warum will OB Schuster fast putschartig am Donnerstag 22.11. im Gemeinderat durchdrücken, dass die LBBW nochmals mit Millionen Euros aus der Stadtkasse gestützt wird? Wir würden von einem OB in den letzten Wochen seiner Amtszeit erwarten, dass er nicht noch so weitreichende Entscheidungen durchzupeitschen versucht! 612 Millionen Euro an stillen städtischen Einlagen sollen in voll haftendes, unverzinstes und unkündbares Kernkapital umgewandelt werden. Verbunden wäre dies mit dem Verlust auf Zinsnachzah-

lungen aus den Jahren 2009 bis 2012 bis zu einer Höhe von über 100 Millionen Euro. Für Soziales, Schulen, Kultur, sozialen Wohnungsbau und soziale Stadtentwicklung wird im Gemeinderat um jeden Euro gerungen, aber auf diese Millionen will man freiwillig verzichten. Warum dieses Abschieds- und Weihnachtsgeschenk? Und schon jetzt kündigt die LBBW an, die Rückzahlung der Kapitalaufstockung ab dem Jahr 2014 nicht leisten zu können, weil sich die Geschäftsaussichten eintrüben.

Wir wehren uns gegen diesen von OB Schuster eingeleiteten Schritt, nochmals Millionen städtische Gelder zu verschleudern und unterstreichen unsere Forderung, endlich eine rein kommunale Sparkasse aus der LBBW herauszulösen. Wir wollen eine Bank, die ethisch korrekt wirtschaftet, allen Menschen Zugang zu Bankdienstleistungen gewährt und nachhaltig in unsere Stadt investiert. Wir wollen, dass das Bankgeschäft wieder der Mehrheit der Menschen dient, anstatt auf deren Rücken den Wohlstand weniger zu mehren.

Wir fordern alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter auf: Sagen Sie den Gemeinderatsfraktionen ihre Meinung. Fordern Sie Ihre gewählten VertreterInnen im Gemeinderat auf, zum Wohle der Stadt Stuttgart diese Forderung des LBBW-Managements abzulehnen. Unterstreichen Sie ihre Forderung nach einer kommunalen Stadtparkasse.

Die Fraktion SÖS und Linke stellt nun im Gemeinderat einen Antrag auf einen Bürgerentscheid über die Kapitalumwandlung. Wir wollen nicht länger, dass hier in unserer Stadt zentrale Entscheidungen über die Köpfe der Menschen herbeigeführt werden. Unterstützen Sie uns bei dieser Forderung. (SÖS-Linke, Stadtplan-Extra)

„Sollen Mieterinnen und Mieter den sozialen Wohnungsbau finanzieren?“

DARMSTADT. Der Vorstandsvorsitzende der Bauverein AG hat angekündigt, dass künftig Dividenden in Höhe von 4 Millionen Euro über eine zweckgebundene Rücklage als Komplementärmittel für Neubau und Modernisierung von Sozialwohnungen bereitgestellt werden sollen. Es ist die Idee des sozialen Wohnungsbaus, mit allgemeinen Steuermitteln die Bereitstellung von Wohnungen für einkommensschwächere Haushalte anzubieten. Die zwischen Bauverein und Magistrat ausgehandelte Finanzierungsvariante stellt diese Idee auf den Kopf: in Darmstadt subventionieren dann die einkommensschwächeren Mieterinnen und Mieter den sozialen Wohnungsbau. Durch die geplante Ausschüttung würden der Bauverein AG wichtige Spielräume für eine sozialere Geschäftspolitik genommen, die sich nach der Entlastung durch den vollzogenen Kauf der HEGEMAG-Wohnungen ergeben. Allein die für den sozialen Wohnungsbau vorgesehene Entnahme entspricht durchschnittlich 400 Euro pro Wohneinheit und Jahr.

www.linksfraktion-darmstadt.de

Bedarfsdeckung bei mietpreisgebundenen Wohnungen:

KARLSRUHE. Mit einem Antrag reagiert Die Linke im Karlsruher Gemeinderat auf eine Initiative von SPD, Grünen und Karlsruher Liste zum Thema Kommunales Wohnungsprogramm. „Auf den Podiumsdiskussionen zum OB-Wahlkampf schien es eine Einigkeit zu geben, dass die Stadt dringend etwas tun muss, um genügend erschwingliche Mietwohnungen in Karlsruhe zu erhalten. Nun haben SPD, Grüne und Karlsruher Liste einen Gemeinderatsantrag vorgelegt, in dem die Stadtverwaltung unter anderem prüfen soll, „in wie weit ein kommunales soziales Wohnraumförderungsprogramm aufgelegt werden kann, um preiswerten Wohnraum zu schaffen.“ Das ist ein Schritt zurück“, so Fostiropoulos. „Dabei ist die Sachlage klar... Seit 2000 sind in Karlsruhe 5 000 Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausgefallen, bis 2022 werden es noch einmal 2 000 sein, wenn nichts unternommen wird. Dass die Mieten in Karlsruhe anziehen werden, ist unbestritten. Ein kommunales Wohnraumprogramm ist zwingend erforderlich. Der gemeinsame Antrag von SPD, Grünen und der Karlsruher Liste stellt aber genau das wieder in Frage, in dem der Stadtverwaltung lediglich ein Prüfauftrag erteilt wird, in wie weit ein kommunales Wohnungsprogramm aufgelegt

werden kann. Das sieht doch sehr nach einer wahltaktischen Aktion im OB-Wahlkampf aus.“ Stadtrat Niko Fostiropoulos und Stadträtin Sabine Zürn legen nun einen eigenen Antrag vor. Bis 2020 sollen in Karlsruhe mit einem kommunalen Wohnungsprogramm so viele mietpreisgebundene Wohnungen in Karlsruhe angeboten werden, dass der Bedarf gedeckt ist. Bis zu den Doppelhaushaltsberatungen soll die Stadtverwaltung dem Gemeinderat ein entsprechendes städtebauliches und finanzielles Konzept vorlegen. www.dielinke-ka.de/

Keine Diskriminierung der Beschäftigten durch kirchliche Arbeitgeber:

MÜNCHEN. Die Linke beantragt im Stadtrat: Die Vergabe städtischer Mittel (Auftragsvergaben und Kostenübernahmen) an kirchliche Träger (Caritas, Diakonie etc.) wird künftig an die Bedingung geknüpft, die Antidiskriminierungsvereinbarung der Stadt auch in den bezuschussten Betrieben umzusetzen. Die Vergabe städtischer Mittel setzt somit künftig voraus, dass: a) die kirchlichen Träger bei den Stellenausschreibungen nicht mehr die Anforderung stellen, dass die Bewerber*innen der christlichen Kirche angehören müssen und auch während der Bewerbungsverfahren keine Vorauswahl an Personen, die der christlichen Kirche angehören, stattfindet; b) keine diskriminierenden Kündigungen aufgrund eines Kirchenaustritts, der sexuellen Orientierung oder dem individuellen Ehestand, getätigt werden. Begründung: Die christliche Kirche hat historisch bedingt bestimmte „Arbeitgeberrechte“, die in Verträgen zwischen Vatikan bzw. der evangelischen Kirche und dem deutschen Staat verankert sind und auch heute noch Gültigkeit besitzen. Hierzu zählen besondere Loyalitätspflichten der Beschäftigten, aus denen sich moralische Grundsätze ableiten, die die Beschäftigten zu befolgen haben. Die Verträge widersprechen in Bezug zum Diskriminierungsverbot nicht nur dem Grundgesetz, sondern auch arbeitsrechtlichen Grundlagen, wie dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz.

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“ zurücknehmen:

BERLIN. Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund reagieren mit Sorge und Unverständnis auf den heutigen Beschluss des Haushaltsausschusses, die Mittel für das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ erneut zurückzufahren. Die Verbände fordern, die Kürzungen von 50 Millionen auf 40 Millionen Euro zu-

rückzunehmen und die Mittel im kommenden Jahr mindestens wieder auf das Niveau des Jahres 2010 mit 95 Millionen Euro anzuheben. „Neuerliche Mittelkürzungen für die „Soziale Stadt“ sind das falsche Signal. Das Förderprogramm ist in höchstem Maße erfolgreich. Es hilft bei der Bewältigung sozialer, struktureller und baulicher Probleme und unterstützt den familien- und altersgerechten Umbau von benachteiligten Stadtteilen. Dafür sind hohe Investitionen in die Quartiere erforderlich. Die Kürzungen sind umso unverständlicher, da mit den Städtebaumitteln geförderte Maßnahmen erhebliche öffentliche und private Folgeinvestitionen auslösen“, sagten die Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Stephan Articus und Dr. Gerd Landsberg. Zudem kritisierten die kommunalen Spitzenverbände, dass durch einen Haushaltsvermerk eine Mittelumschichtung aus anderen Städtebauförderungsprogrammen zugunsten des Programms Soziale

Soziale Stadt

Investitionen im Quartier

Im Jahr 1999 haben Bund und Länder das Städtebauförderungsprogramm **Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt** aufgelegt, mit dem die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen umfassend verbessert werden sollen. Mehr:

www.staedtebaufoerderung.info

Stadt ausgeschlossen werden soll. Das Programm Soziale Stadt sei ein Schlüsselprogramm, das sich bei der sozialen Stabilisierung der Stadtteile und Wohnquartiere bewährt habe und die Städte und Gemeinden beim Kampf gegen die fortschreitende räumliche Segregation wirksam unterstütze. Um sozialen Entmischungen entgegenzuwirken und Wohnquartiere umzustrukturieren, seien die Städte und Gemeinden dringend auf eine wirksame – auch finanzielle – Unterstützung durch Bund und Länder angewiesen. Das Programm Soziale Stadt war ebenso wie die Städtebauförderung insgesamt im Jahr 2011 radikal gekürzt worden: Nach 95 Millionen Euro im Jahr 2010 wurden im Jahr 2011 nur noch 28,5 Millionen Euro für die Soziale Stadt bereitgestellt. 2012 wurde das Mittelvolumen dann auf 40 Millionen Euro angehoben. Für 2013 war ursprünglich ein Ansatz von 50 Millionen Euro vorgesehen.

www.staedtetag.de

Zusammenstellung: ulj

Geht Verdi in die Falle?

ERFURT. Die Kirchen und ihre Verbände sind nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 20. November 2012 die „wohl glücklichsten Verlierer seit langem“, so die FAZ in ihrem Bericht. Denn die Klagen der frommen Einrichtungen gegen gewerkschaftliche Streikaufrufe sind zwar abgewiesen worden. Zugleich aber haben die Erfurter Richter mit einer auch von den Kirchen selbst so nicht erwarteten Deutlichkeit den „Dritten Weg“ – den Weg ohne Streikrecht – im kirchlichen Arbeitsrecht bestätigt.

Die Evangelische Kirche von Westfalen, die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, sowie deren Diakonische Werke und weitere diakonische Einrichtungen hatten Klage gegen Verdi eingereicht mit dem Ziel, die Gewerkschaft zu zwingen, Aufrufe zu Streiks in diakonischen Einrichtungen zu unterlassen.

Zunächst stellt das BAG in seiner Entscheidung fest: „Das Recht der Evangelischen Kirche ... und ihrer diakonischen Einrichtungen aus Art. 140 Grundgesetz (GG) in Verbindung mit Art. 137 Abs. 3 Weimarer Verfassung (WRV), die eigenen Angelegenheiten zu ordnen und zu verwalten, ist funktional auf die Verwirklichung der Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG bezogen. Sein Schutzbereich umfasst auch die Entscheidung, die Arbeitsbedingungen der in der Diakonie beschäftigten Arbeitnehmer nicht mit Gewerkschaften durch Tarifverträge zu regeln, sondern entsprechend ihrem religiösen Bekenntnis einem eigenständigen, am Leitbild der Dienstgemeinschaft ausgerichteten Arbeitsrechtsregelungsverfahren zu überantworten. Das schließt die Befugnis ein, die Regelung der Arbeitsbedingungen einer paritätisch besetzten Arbeitsrechtlichen Kommission sowie einer Schiedskommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden zu übertragen.“

Die Gewerkschaft Verdi hatte dagegen vorgetragen: Dies sei eine Usurpation eines Grundgesetzartikels durch die Kirchen. Denn es gehe den Kirchen nicht darum, eigene Angelegenheiten, wie Fragen der evangelischen Lehre oder Liturgie, autonom zu regeln. Vielmehr greife die Kirche in die persönlichen Grundrechte von Hunderttausenden Arbeitnehmern ein. Die Kirchen argumentierten gerne mit ihrer „Dienstgemeinschaft“, die Streik nicht zulasse. Und Streik sei „kirchenfremd“. Im Zweifelsfall habe aber heute für die Kirche die Ökonomie Vorrang vor dem harmonischen Miteinander. „Da werden Ausgründungen vorgenommen, mit dem einzigen Ziel, das Lohnniveau

weiter zu senken.“ (Die Politischen Berichte haben in Nr.: 8/2012 darüber berichtet.)

Deshalb stellt das BAG in der weiteren Beurteilung des Konfliktes fest: „Dieses – von staatlichen Gerichten nicht zu überprüfende – religiöse Bekenntnis kollidiert mit der durch Art. 9 Abs. 3 GG geschützten Koalitionsfreiheit einer Gewerkschaft, sofern sich die Religionsgesellschaft der Privatautonomie zur Begründung von Arbeitsverhältnissen bedient. Ein wesentlicher Zweck der geschützten Koalitionsbetätigungsfreiheit ist der Abschluss von Tarifverträgen zur Regelung der Mindestarbeitsbedingungen ihrer Mitglieder. Soweit die Verfolgung dieses Koalitionszwecks vom Einsatz bestimmter Mittel abhängt, werden diese vom Schutz des Grundrechts erfasst. Dazu zählen auch Arbeitsk Kampfmaßnahmen, soweit sie funktional auf den Abschluss von Tarifverträgen gerichtet sind. Die Gewährleistungen des Art. 9 Abs. 3 GG sind allerdings nicht auf die Tarifautonomie beschränkt, sondern erfassen auch konsensuale Lösungen. Diese Grundrechtskollision haben staatliche Gerichte bei der Entscheidung über einen zivilrechtlichen Unterlassungsanspruch einem schonenden Ausgleich nach dem Grundsatz praktischer Konkordanz zuzuführen.“

Das heißt konkret: Verdi ist auch im Rahmen des Dritten Weges an den Verhandlungen um Tarife innerhalb der Kirchlichen Einrichtungen direkt zu beteiligen. Geschieht dies nicht, darf Verdi zu Streiks aufrufen. Darüber freute sich der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske: „Damit ist das von der Diakonie beantragte Streikverbot vom Tisch. Arbeitnehmer in kirchlichen Einrichtungen und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft können sich auf die Koalitionsfreiheit und damit auf das Streikrecht berufen, weil der Dritte Weg unzureichend ist.“

Etwas kryptisch für Laien im Arbeitsrecht formuliert das BAG das so: „Die Gewichtung dieser grundrechtlich geschützten Belange zur Herstel-



lung praktischer Konkordanz lässt ein Zurücktreten der Rechte einer Gewerkschaft nur zu, sofern diese sich innerhalb des Dritten Weges noch koalitionsmäßig betätigen kann, die Arbeitsrechtssetzung auf dem Dritten Weg für die Dienstgeber verbindlich ist und als Mindestarbeitsbedingung den Arbeitsverträgen auch zugrunde gelegt wird.“

Dass Verdi mit seiner Einschätzung ganz richtig liegt und die kirchliche Arbeitgeberseite sehr wohl den Kern der BAG-Entscheidung verstanden hat, bestätigt ein internes Rundschreiben des Verbandes kirchlicher und diakonischer Anstellungsträger Nordelbien (VKDA-NEK) vom 21. November 2012: „Danach ist der Streik im Dritten Weg nicht ausnahmslos rechtswidrig sondern nur dann, wenn die genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Will man seitens der Evangelischen Kirchen in Deutschland diesen Bedingungen genügen, werden zumindest im Bereich der Diakonie erhebliche Umstellungen und Veränderungen notwendig sein.“

Hier allerdings hat die BAG-Entscheidung für Verdi eine Falle aufgestellt: Nimmt die Gewerkschaft die vom Präsidenten der Diakonie Oberkirchenrat Johannes Stockmeier noch im Gerichtssaal ausgesprochene Einladung zu Verhandlungen an und säße künftig mit am Tisch, wenn es um Lohn und Arbeitsbedingungen in kirchlichen Einrichtungen geht, kann sie gerne viel mitreden, mitregeln, mit vereinbaren. Nur: Es gelten dann die Regeln des „Dritten Weges“! Für diesen Fall hat die BAG-Entscheidung der Gewerkschaft die Waffe des Streiks aus der Hand geschlagen. Will Verdi seiner Forderung nach Streikrecht in kirchlichen Einrichtungen treu bleiben, muss jetzt der nächste Schritt erfolgen: Die Verfassungsklage.

Karl-Helmut Lechner

Quellen:

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 20. November 2012 – 1 AZR 179/11.

Christ & Welt, 47/2012; <http://www.christundwelt.de/detail/artikel/gleiches-recht-fuer-alle/>

Hinter verschlossenen Türen

Nachdem die Europäische Kommission im Jahre 2010 mit einem Entwurf für eine Revision der europäischen Arbeitszeitrichtlinie gescheitert war, leitete sie daraufhin mit einer Mitteilung zur Arbeitszeitrichtlinie die zweite Phase der Konsultation der europäischen Sozialpartner ein. Diese Konsultation basiert auf den Verträgen und kann in einem abgegrenzten Feld von Gegenständen zu vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern führen (auf zentraler oder auf sektoraler Ebene), die die Rechtsetzung durch Kommission, Parlament und Rat ersetzen.

Der EGB hatte dann im Frühjahr 2011 fünf Bedingungen als Voraussetzung für mögliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern formuliert und es war davon auszugehen, dass diese Hürde für die europäischen Arbeitgeber (auf zentraler Ebene verhandelt der EGB mit drei Arbeitgeberverbänden – Business Europe = Industrieverband / UAPME = Handwerksverband / CEEP = Handwerksverband) zu groß sein, um in Verhandlungen einzusteigen. Nach der Neuwahl des EGB-Vorstandes auf dem letzten Kongress kam es dann doch zu einer Eröffnung der Verhandlungen. Wie man hört, war das neue und nun zuständige Vorstandsmitglied des EGB bereit, die fünf Essentials etwas lockerer zu handhaben. Der EGB ist in Verhandlungen eingetre-

ten. Offensichtlich scheinen diese recht weit gediehen zu sein, fanden letztlich aber ohne eine gewerkschaftsinterne Öffentlichkeit statt. Eine Reihe von Punkten war aber bis zuletzt strittig.

Zu den Streitpunkten: Die Arbeitgeber beharren unter anderem weiterhin auf Möglichkeiten, den Ausgleichszeitraum auf 12 Monate auszuweiten; eine Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Bereitschaftszeit; keine konkreten Festlegungen für Ausgleichszeiten bei Überstunden und eine Mindestbeschäftigungsdauer bevor Ansprüche auf bezahlten Urlaub entstehen.

Der EGB will einen neuen Paragraphen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und stärkere Einschränkungen beim persönlichen Opt-out (Ausstieg).

Nach Ablauf der normalen Verhandlungsfrist im September dieses Jahres hatten beide Seiten bei der Kommission eine mögliche Verlängerung beantragt, die genehmigt wurde. Die Verhandlungen müssen nun bis Ende des Jahres 2012 abgeschlossen sein, ein letztes Treffen ist für Anfang Dezember terminiert. Sollte es zu einer Vereinbarung kommen, wäre es das erste Mal, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften auf europäischer Ebene eine Gesetzesrevision (Richtlinienrevision) vornehmen.

Rolf Gehring

Bundesverband deutscher Industrie (BDI) gründet Ausschuss für Gesundheitswirtschaft. BDI-

Presse, Mi., 25.10.2012. – Die Gesundheitswirtschaft ist, einer Studie des BDI zufolge, einer der großen Wachstumstreiber der deutschen Wirtschaft. „Die industrielle Gesundheitswirtschaft und ihre Produkte werden häufig einseitig als Kostenfaktor wahrgenommen. Die ... Zahlen belegen jedoch die Stärke der Branche“, sagte BDI-Präsident H.-P. Keitel. Die untersuchten Unternehmen (Bayer, Boehringer, Fresenius, Grünenthal, Merck, Roche und Sanofi) steigerten ihre Bruttowertschöpfung von 2005 bis 2010 um fast 40%, die Gesamtwirtschaft im selben Zeitraum um rund zehn Prozent. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung pro Umsatz ist mit 9,1 % ähnlich hoch wie in der Luft- und Raumfahrt (9,7%). Ihre Exportquote liegt bei 75 % und damit fast 30 Prozentpunkte höher als im verarbeitenden Gewerbe insgesamt. „Die Gesundheitswirtschaft ist bei der ... Erhöhung von Wertschöpfung, Beschäftigung und Lebensqualität ein entscheidender Baustein“, unterstrich Keitel.

Deutsche Arbeitgeber (BDA) für Modernisierung der Elternzeit. Der Arbeitgeber, Mi., 14.11.2012. – „Bei den geltenden Elterngeld- und Elternzeitregelungen besteht deutlicher Anpassungsbedarf. Das Elterngeld erreicht seine Ziele, insbesondere die Steigerung der Erwerbstätigkeit bei Frauen, nicht. Der Elterngeldbezug sollte auf maximal zwölf Monate begrenzt werden. Das Elterngeld sollte so ausgestaltet werden, dass es nicht weiter einer frühzeitigen Rückkehr an den Arbeitsplatz entgegensteht. Je länger Frauen aus dem Beruf aussteigen, desto schwieriger ist die Wiedereingliederung, desto größer sind die Qualifikationsverluste ... Elterngeld ist eine Ausgleichsleistung für wegfallendes Erwerbseinkommen. Deshalb sollte der Anspruch auf Elterngeld für Antragsteller, die vor der Geburt nicht erwerbstätig waren, ersatzlos gestrichen werden. Mutterschaftsleistungen und Elterngeld sollten zusammengeführt und einheitlich aus Steuermitteln und aus einer Hand finanziert werden. Das heutige Nebeneinander mehrerer Leistungen mit unterschiedlicher Finanzierungs- und Verantwortungsverteilung muss überwunden werden.“

Wirtschaft begrüßt Zuwanderer aus Krisenländern. BDA-Presse/Esslinger Zeitung, Mi., 16.11.2012. „Wenn jetzt aus den von der Finanzkrise besonders betroffenen Ländern verstärkt Fachkräfte nach Deutschland kommen, ist das gut für Wachstum und Wohlstand in unserem Land“, erklärt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Zusammenstellung: rst



Europaweiter Aktionstag des EGB. Der vom Europäischen Gewerkschaftsbund ausgerichtete Aktionstag am 14. November fand unterschiedlichen Rückhall unter den aufgerufenen Mitgliedsverbänden und Sektoren. Vor allem in den südlichen Ländern und dort vor allem in den öffentlichen Diensten und den Transportsektoren wurde eine starke Teilnahme registriert. So fanden in Frankreich in mehr als 40 Städten Aktionen statt. In Griechenland wurde der Aufruf genutzt, um einen nationalen Aktionstag durchzuführen, der von Gewerkschaften, den Medien und Ministerien des Landes getragen wurde. Hunderttausende beteiligten sich insgesamt an den Aktionen des EGB, die sich gegen die jeweiligen nationalen Sparprogramme richteten. Im nördlichen und in Zentraleuropa war die Beteiligung deutlich geringer, am ehesten dort, wo es gerade auch brennt, wie in Belgien/Genk, wo das dortige Ford-Werk vor der Schließung steht. Die weitgehende Abstinenz von Gewerkschaften wie beispielsweise der IG Metall wurde von vielen sehr wahrgenommen, zeigt aber einfach auch, dass neben dem Moment der Standortorientierung zwischen den großen Gewerkschaften starke Unterschiede bei der Einschätzung der Wirtschaftskrise und möglichen Antworten auf sie bestehen.

Rolf Gehring

Organisieren!

Detlef Wetzel über Wandlungsprozesse in der IG Metall

Detlef Wetzel ist Zweiter Vorsitzender der IG Metall und damit – so die Tradition der IG Metall – erster Anwärter auf die Nachfolge des Ersten Vorsitzenden Berthold Huber, wenn dieser in den nächsten Jahren aus dem Amt scheidet. Zusammen mit Berthold Huber steht Wetzel für eine neue Strategie und eine neugewonnene Stärke der IG Metall. Schon jetzt ist absehbar, dass die IG Metall Ende 2012 zum zweiten Mal in Folge einen absoluten Zugewinn an Mitgliedern melden wird. Keine große Gewerkschaft, von Parteien, Kirchen oder Wohlfahrtsverbänden ganz zu schweigen, kann derzeit mit einer so positiven Mitgliederentwicklung aufwarten. Schon allein deshalb lohnt es sich, Wetzels kürzlich erschienenen Buch „Mehr Gerechtigkeit wagen. Der Weg eines Gewerkschafters“, zu lesen.

Das Buch gibt einen Einblick in Binnenansichten in der IG Metall am Beispiel der persönlichen Erfahrungen eines Gewerkschaftsfunktionärs, der in den 90er Jahren als „Hauptamtlicher“ in der Verwaltungsstelle Siegen der IG Metall anfang, dort 1997 zum Ersten Bevollmächtigten aufstieg, 2004 Bezirksleiter in NRW wurde und seit Ende 2007 als Zweiter Vorsitzender amtiert.

Wie stark die Veränderungen in der

IG Metall sind, zeigt ein Blick in die Vergangenheit. In den letzten 20 Jahren haben die Gewerkschaften in Deutschland – von wenigen Ausnahmen abgesehen – fast jedes Jahr Mitglieder verloren. Das galt lange auch für die IG Metall. Der gesellschaftliche Wandel, Restrukturierungen in der Industrie, der Umbau der staatlichen Einrichtungen und der Sozialsysteme und neue technologische Entwicklungen schienen einen unaufhaltsamen Bedeutungsverlust von Gewerkschaften mit sich zu bringen. Sozialwissenschaftler, gleich welcher politischer Richtung, philosophierten über „Bindungsverluste“ des modernen Menschen und die „Erosion von Großorganisationen“. Die Unternehmer und ihre Verbände fabulierten über die „neue Selbständigkeit“ ihrer Beschäftigten, die sich von Gewerkschaften und deren Funktionären nicht länger „gängeln“ lassen wollten, schlugen vor, Tarifverträge zu verbrennen, und gründeten „OT-Verbände“ (OT = „ohne Tarif“), um diese Entwicklung zu beschleunigen und tariffreie Zonen zu schaffen.

Wetzel beschreibt diese Entwicklung plastisch. Bei seiner Wahl zum Ersten Bevollmächtigten seien in Siegen noch 40 000 Mark in der Ortskasse gewesen. Seit 1980 habe das Siegerland ein Viertel aller Industriejobs und die IG Metall entsprechend Mitglieder verloren. Die Sieger IG Metall hing „am Tropf“ des Vorstands. Als eine seiner ersten Aktionen habe er mit Kollegen die Region per Auto erkundet. Dabei hätten sie etwa 100 Metall- und Elektrobetriebe entdeckt, zu denen die IG Metall keinerlei Kontakt mehr gehabt oder noch nie gehabt habe. Alles waren Betriebe ohne Betriebsrat. Wegen des akuten Geldmangels habe die Verwaltungsstelle nur zwei Perspektiven gehabt: Entweder weiter zu machen wie bisher und „in Schönheit zu sterben“, oder die Arbeit umzustrukturieren und eine Umkehr bei der Mitgliederentwicklung zu schaffen. Jährlich 1.100 neue Mitglieder mussten gewonnen werden, um allein die altersbedingten Verluste und die Verluste an Mitgliedern durch Strukturwandel auszugleichen.

Erster Schritt war deshalb, den Organisationsgrad in den bestehenden Betrieben zu stärken, die Mitglieder aktiver einzubeziehen, Vertrauensleutestrukturen zu stärken, betriebliche Tarifkommissionen aufzubauen usw.

„Zweitens mussten wir unsere Vertretungsmacht in der Region erhalten. Es durfte keine weißen Flecken geben“ – spricht: in den neuen Be-

trieben mussten Mitglieder gewonnen, Betriebsräte gewählt werden. „Auch in Dienstleistungsunternehmen wie zum Beispiel Ingenieurbüros oder Leiharbeitsfirmen mussten wir Fuß fassen.“

Drittens musste das Image der IG Metall verbessert werden. Die IG Metall sollte wieder einen „Ruf für Kompetenz und Service“ bekommen.

All das gilt inzwischen als „Siegener Weg“ und ist Vorbild für viele andere Organisationsebenen in der IG Metall geworden.

In den Jahren 2003/2004 geriet die IG Metall in eine schwere Krise. Der Streik für die Verkürzung der wöchentlichen Regelarbeitszeit auf 35 Stunden in den neuen Bundesländern wurde verloren. Selbst wohlmeinende Wissenschaftler nannten damals drei strukturelle Gründe für diese Niederlage:

- Erstens: Auf Konferenzen und in vielen Gremien der Organisation dominierte der – spöttisch formuliert – „mentale Vorruhestand“ – Betriebsräte, Vertrauensleute und andere Aktive mit einem Lebensalter „50plus“ und einer entsprechenden, alterstypischen Sicht auf alle Dinge des Lebens.

- Zweitens: Die IG Metall repräsentierte „alte Industrien“ – Eisen, Stahl, Werften, Autos, Maschinen, von boshaften Leuten als „Dinosaurier des vergangenen Industriezeitalters“ bewertet, und dort vor allem die gewerblichen Berufe. In neuen Betrieben wie der IT-Branche, Solar, Windkraft usw., aber auch bei Angestellten und in akademischen Berufen der eigenen Branche war sie wenig bis nicht vertreten.

- Drittens: Die IG Metall konzentrierte sich bei ihrer gewerkschaftlichen und betrieblichen Politik auf die sogenannten „Kernbelegschaften“. Die „Ränder“ ihrer eigenen Industrie, Leihbeschäftigte, „prekär“ Beschäftigte, Beschäftigte in ausgegliederten Logistik- und Servicebetrieben interessierten sie nicht wirklich.

Wetzel war damals bereits durch seinen „Siegener Weg“ in der IG Metall bekannt und hatte gerade begonnen, als Bezirksleiter für NRW diese örtlichen Erfahrungen nun auch im mitgliederstärksten Bezirk der IG Metall umzusetzen. In dem im Gefolge der Streikniederlage ausgebrochenen Richtungskampf in der IG Metall stellte er sich klar auf die Seite von Huber, forderte: „Peters muss weg“ und einen Richtungswechsel der Arbeit der IG Metall, der den jahrelangen Niedergang der Mitgliederzahlen stoppt und an die Stelle lautstarker Parolen tarifpolitische Effizienz und Mitgliederorientierung stellt.

Die IG Metall müsse weg von einer „Stellvertreterpolitik“ nach dem Muster „wir wissen, was euch gut tut“, hin zu einer „Mitmach“- und „Erschließungsgewerkschaft“, ist einer der Grundsätze dieser neuen Politik. Prak-

Hier klicken **Blick ins Buch!**



Detlef Wetzel, **Mehr Gerechtigkeit wagen. Der Weg eines Gewerkschafters.** Hoffmann und Campe, 2012, 239 Seiten, 19, 90 Euro

tisch bedeutet das, dass nicht mehr der hauptamtliche Funktionär und vielleicht noch der Betriebsratsvorsitzende die „Linie“ vorgeben, sondern dass bei betrieblichen Themen regelmäßig die Mitglieder der IG Metall in Versammlungen über das konkrete Vorgehen beraten, dass sie ggf. betriebliche Tarifkommissionen wählen, per Rundmails, Post oder auf Versammlungen zeitnah über alle Entwicklungen informiert werden, ihre Vorschläge einbringen und so selbst aktiv über das weitere Vorgehen entscheiden.

Diese dreifache strukturelle Krise angepackt zu haben und an allen Schwachstellen gleichzeitig zu arbeiten, um sie zu überwinden, gilt in der IG Metall als das Hauptverdienst des Gespanns Huber/Wetzel. Eine systematische Jugendkampagne, gekrönt in diesem Jahr durch den Abschluss bundesweiter Tarifverträge, die jungen Beschäftigten nach der Ausbildung erstmals eine unbefristete Übernahme in ihrem Ausbildungsbetrieb sichern, war die Antwort auf Krisengrund Nr. 1 und hat der IG Metall wieder zu deutlich mehr jungen Mitgliedern verholfen. Krisengrund Nr. 2 wurde und wird durch sogenannte „BOB“-Aktivitäten (BOB = Betriebe ohne Betriebsrat) beantwortet – d.h. durch die Bildung von Betriebsräten in Betrieben, in denen bisher allein der Chef entschied. Das und zusätzliche „Organizing“-Projekte des Vorstands nach dem Vorbild US-amerikanischer Kampagnen sind die Grundlage auch für den wachsenden Einfluss der IG Metall in neuen Branchen wie Solar, Windkraft und IT. Ein Team von „Organizern“, das bei Verdi vorher die „Lidl-Kampagne“ organisiert hatte, arbeitet seitdem bei der IG Metall.

Krisengrund Nr. 3 wurde beantwortet durch eine Kampagne für die Verbesserung der Situation im Bereich Leiharbeit. „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ war und ist hier die Parole. Keine andere Gewerkschaft hat sich so intensiv wie die IG Metall um die Verbesserung der Situation der Leihbeschäftigten eingesetzt. Mehrere zehntausend von diesen traten seitdem in die IG Metall ein. In diesem Jahr gelang dann der IG Metall erstmals ein Tarifvertrag mit den Unternehmen der Leiharbeitsbranche. Dieser Tarifvertrag sichert den Leihbeschäftigten zwar noch nicht „gleiches Geld“ wie die Stammbeschafteten, aber erstmals seit vielen Jahren ganz erhebliche Zuwächse beim Entgelt. Seit November 2012 bekommen Leihbeschäftigte von Unternehmen wie Adecco, Randstad usw., wenn sie in irgendeinem Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie arbeiten, bereits nach 6 Wochen 15 Prozent mehr Lohn als Leihbeschäftigte in anderen Branchen. Nach drei Monaten erhalten sie 20 Prozent mehr,

nach 9 Monaten 50 Prozent mehr. Das bedeutet für mehrere hunderttausend Leihbeschäftigte Lohnzuwächse von mindestens 200 Euro monatlich, nach neun Monaten von mehr als 600 Euro im Monat. Konzerne wie BMW, General Electric & Co haben deshalb angekündigt, die Zahl ihrer Leihbeschäftigten erheblich verringern zu wollen. Das Geschäft mit Leiharbeit lohnt sich für sie nicht mehr so wie früher. Und genau das, die Rückführung von Leiharbeit in reguläre Arbeit, ist auch die tarifpolitische Absicht der IG Metall, die mit diesem Tarifvertrag Leiharbeit auch gesellschaftspolitisch einen wichtigen Erfolg erzielt hat.

In der Öffentlichkeit werden die Erfolge der IG Metall in der letzten Zeit zum Teil als Erfolge eines neuen „Korporatismus“ (z.B. Eva Völper in der „Tageszeitung“ vom 15.11.2012) bewertet. Die IG Metall weiche vor Konflikten mit Regierung und Arbeitgebern zurück, scheue vor politischer Mobilisierung und suche stattdessen das Gespräch mit Regierung und Arbeitgebern, lautet der Vorwurf. Dieser Vorwurf – auch von anderen Linken gelegentlich zu hören – ignoriert gleich drei Schwerpunkte der IG Metall-Arbeit:

- die Anstrengungen zur gewerkschaftlichen Organisation bisher „weißer Flecken“, d.h. von neuen Betrieben, neuen Industrien, speziell in den neuen Bundesländern,
- die Aktivitäten zum Aufbau von Betriebsratstrukturen in Betrieben, die bisher keinen Betriebsrat hatten, und
- sämtliche Anstrengungen im Bereich Leiharbeit, wo die IG Metall mehr Erfolge in diesem Niedriglohnbereich erreicht hat als vermutlich jede andere



Gewerkschaft.

Im übrigen ist die IG Metall schon wegen ihres Arbeitsgebiets aufmerksamer für Marktentwicklungen als Gewerkschaften, deren Mitglieder für ihre gute und wichtige Arbeit aus dem Steueraufkommen bezahlt werden. Themen wie Qualität der Arbeit, Innovation, neue Produkte haben nun einmal objektiv ein höheres Gewicht,

(Neo-)Korporatismus

Vor allem in Deutschland und anderen sozialen Marktwirtschaften verbreitetes Merkmal der politischen Kultur: Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen ihre Auseinandersetzungen zum Beispiel über unterschiedliche Lohnforderungen nicht durch Streik und andere Mittel des Arbeitskampfes aus, sondern versuchen im Interesse der Nationalökonomie (des „Standorts“) möglichst reibungslos zu einer Einigung zu gelangen. Kritiker werfen dabei vor allem den Gewerkschaften vor, die Interessen ihrer Mitglieder nicht nachdrücklich genug zu vertreten. Den gesellschaftlich-liberalen Korporatismus findet man insbesondere in Konkordanzdemokratien vor. Ein Beispiel hierfür wäre auch das österreichische Modell der Sozialpartnerschaft.
Aus: Wikipedia

wenn die Beschäftigten wissen, dass die Produkte ihrer Arbeit am Ende des Tages auf den Märkten dieser Welt auch verkauft werden müssen. Lehrer, deren Schüler den Schulabschluss nicht schaffen, müssen deshalb nicht fürchten, dass die Schule geschlossen wird und sie ihren Job verlieren. Beschäftigte eines Autowerks, dessen Autos nicht mehr verkauft werden, schon. Das schafft andere Handlungszwänge.

Die IG Metall jedenfalls hat mit ihrer Anti-Krisen-Strategie der Jahre 2008 bis 2010 – Kurzarbeit und Abwrackprämie für alte Autos – viele, vermutlich hunderttausende Jobs für ihre Mitglieder gerettet und ist stolz darauf. Wer darin einen „neuen Korporatismus“ zu erkennen meint, irrt vermutlich.

Sicher, die IG Metall hält sich bei politischen Themen eher zurück, versucht sich nicht als Ersatzpartei, und Wetzel ist bekennender Sozialdemokrat. Aber das waren Peters, Zwickel und andere IG-Metall-Vorsitzende vor ihnen auch. Die IG Metall ist, wie schon der Name sagt, eine Industriegewerkschaft. Das unterscheidet sie von Gewerkschaften, die vor allem im öffentlichen Dienst arbeiten,

wie z.B. GEW und Verdi und die vielleicht auch wegen dieser beruflich bedingten Nähe zum Thema Steuer einen höheren Wert auf das Thema „Umverteilen“ via Steuersystem legen. Die IG Metall legt mehr Gewicht auf Umverteilen „an der Quelle“ – sprich: auf eine offensive, auch qualitative Tarifpolitik, zum Beispiel zu Themen Zukunftsperspektiven der Jugend. Sie

untersetzt deshalb politische Forderungen wie die nach einem gesetzlichen Mindestlohn durch eine Tarifpolitik für Leihbeschäftigte. Das macht Verdi nicht so intensiv. Ist das eine deshalb schlechter „Korporatismus“, das andere besser, weil „Politik“?

Wetzel selbst rechnet seinem Amtsvorgänger Jürgen Peters hoch an, dass er als Antwort auf die „Agenda 2010“ die IG Metall aus ihrer großen Nähe zur SPD gelöst hat. Das bleibt. In den kommenden Bundestagswahlen steht die IG Metall für keinen „Lagerwahlkampf“ zur Verfügung. Das hat der IG Metall-Vorstand bereits beschlossen. Aber wer das Buch von Detlef Wetzel neben das von Jürgen Peters 2007 herausgegebene Buch „Aufbruch in Zeiten des Umbruchs“ legt, erkennt den Unterschied. In seinem Buch aus dem Jahr 2007 äußert sich Jürgen Peters, um es mal salopp zu sagen, zu „allen Fragen der Weltpolitik“, von der Arbeitszeit über die Währungsunion bis zur internationalen Finanzarchitektur. Ganze 2 der 240 Seiten, Seite 32 bis 34, behandeln das Thema Mitgliederentwicklung. Das Buch von Detlef Wetzel handelt, wenn man genau hinschaut, von vorne bis hinten praktisch nur davon.

Inzwischen konkurriert die IG Metall ziemlich offen mit Verdi in der IT-Branche und in Teilen der Logistikbranche und verzeichnet dort Erfolge, auch weil ihr tarifpolitischer Ruf und ihre Tarifverträge vielfach besser sind als die von Verdi. Bei IBM beispielsweise, früher ein Unternehmen mit IG Metall-Tarifvertrag, gelten seit der Ära des berüchtigten IBM-Chefs Olaf Henkel, der die IGM-Tarifbindung kündigte, DAG- bzw. heute Verdi-Haustarife. In diesem Jahr erreichte Verdi für die IBM-Beschäftigten 2% mehr Gehalt. In einem Tochterunternehmen von IBM, in dem bis heute IGM-Tarifverträge gelten, bekamen die Beschäftigten 4,3% mehr. Das spricht sich rum.

Wobei der Fairness halber gesagt werden muss: In großen Bereichen des Handwerks ist es mit der tarifpolitischen Gestaltungskraft der IG Metall auch nicht weit her. Hier gelten vielfach noch schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeit, Pseudotarifverträge mit sog. „christlichen“ Scheingewerkschaften oder gar keine gewerkschaftlichen Strukturen und Betriebsräte.

„Organisieren, organisieren, das ist Moses und alle Propheten“, so könnte man die Strategie von Detlef Wetzel und anderen in der IG Metall zusammenfassen. Die Erfolge der IG Metall im Industriebereich bestätigen das. Seit dem Jahr 2000 sind die Tarifgehälter in der Metall- und Elektroindustrie brutto um 40 Prozent gestiegen, nach Abzug der Teuerung um fast 18 Prozent. Welche andere Gewerkschaft hat das in diesen Zeiten erreicht?

Rüdiger Lötzer

Der nachfolgende Text wurde für das Treffen des Gesprächskreis Europa der rls im November in Köln verfasst. Wir bitten um Beachtung der Gelegenheiten, die von der rls zur Auslotung dieses komplexen Themenkreises angeboten werden, so z.B. vom 3.5. bis 5.5. in Nürnberg zum Thema „Krise in Europa: Eine Gefahr für Demokratie und Solidarität“ (siehe auch <http://www.rosalux.de/event/47219/krise-in-europa-eine-gefahr-fuer-demokratie-und-solidaritaet.html>).

Warum die parlamentarische Linke jetzt helfen muss, die EU zu retten

Von Jonas Bens

Dieses Papier gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil soll aufgezeigt werden, dass die Europäische Union – entgegen mancher Ansichten innerhalb der parlamentarischen Linken in Europa – genauso intensiv politisch adressiert werden muss, wie die Ebene des Nationalstaats. Innerhalb der EU lohnt das Politik machen ebenso wie im heimischen Parlament, weil es dort Chancen gibt, auch eigene Politik umzusetzen. Der Akteur, der hierfür am meisten Hoffnung macht, ist das Europäische Parlament, das – so die zentrale These

dieses Papiers – keineswegs so unbedeutend ist, wie oft gesagt wird.

In einem zweiten Teil wird vor dem Hintergrund dieser Überlegungen die strategische Lage so gedeutet, dass die parlamentarische Linke darauf achten muss, dass ihr der Handlungsspielraum, den sie innerhalb der EU hat, nicht genommen wird. Daher muss es darum gehen, die EU zu retten, anstatt der Versuchung zu erliegen, in populärer Weise „EU-Bashing“ zu betreiben und damit den Weg für einzelstaatliche Machtpolitik zu ebnen, die den eigenen politischen Vorstellungen wesentlich ferner stehen wird, als die aktuelle EU-Politik.

A) Warum die EU aus linker Sicht besser ist als ihr Ruf

1. Einige vielleicht gar nicht so banale Banalitäten zur Struktur der Europäischen Union

Wenn oft gesagt wird, Brüssel tue dies oder in Brüssel sei jenes entschieden worden, dann ist das freilich verkürzend. Die Europäische Union tritt dem/der politisch interessierten Bürger_in keineswegs als ein monolithisches „Brüssel“ entgegen, sondern als kompliziertes institutionelles Gefüge, das differenziert beurteilt sein will. Rat, Kommission und Parlament sind keineswegs alle in gleichem Maße die Akteure einer politisch einheitlichen EU. Vielmehr geht es um einen fein austarierten institutionellen Rahmen, den es zu kennen gilt, wenn die Wirksamkeit linker, transformatorischer Politikansätze für ein sozialeres, demokratisches Europa beurteilt werden will.

Das Brüsseler System (wenn wir es verkürzend so nennen wollen, schließlich gibt es ja auch noch andere Standorte) ist demjenigen des US-amerikanischen Bundesstaates nicht so unähnlich, wie das immer gesagt wird; gemeint ist das Gefüge aus Repräsentantenhaus, Senat und Bundesregierung.

In Washington kursiert eine weit verbreitete Anekdote über die Politik im Repräsentantenhaus: Ein junger demo-

kratischer Abgeordneter kommt kurz nach seinem Amtsantritt im Repräsentantenhaus zu seinem älteren Kollegen und fragt:

„Where are the Republicans? I want to meet the enemy.“ Der ältere Kollege antwortet: „The Republicans are not the enemy. They are the majority. The Senate is the enemy.“*

Diese kleine Geschichte deutet bestehende Interessengegensätze im *checks-and-balances*-System der USA an: zwischen den direkt gewählten Abgeordneten, die die Interessen der Mehrheit der Wähler_innen in ihrem Wahlkreis verpflichtet sind, den Senator_innen, die für die Interessen der Staaten der Union eintreten und der Bundesregierung unter dem direkt gewählten Präsidenten, die die Interessen der Union vor Augen hat; Freilich agieren alle diese drei Akteure vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen persönlichen und parteiischen politischen Agenda.

Ähnlich jedenfalls verhält es sich in „Brüssel“. Betrachtet man nämlich die drei europäischen Machtzentren aus der Perspektive einer politischen Bewegung wie der parlamentarischen Linken mit Blick auf Chancen für die Umsetzung transformatorisch-progressiver Politik, so ergeben sich un-

* „Wo sind die Republikaner? Ich will den Feind treffen.“ Der ältere Kollege antwortet: „Die Republikaner sind nicht der Feind. Sie sind die Mehrheit. Der Senat ist der Feind.“

terschiedliche Beurteilungen, je nachdem mit welchem Organ man es zu tun hat. Der Rat ist dabei ohne Zweifel der schwierigste Kandidat. Er ist das Organ der mitgliedsstaatlichen Regierungen und wird im Zweifel immer nationalstaatliche Interessen nach vorne stellen. Da die parlamentarische Linke eine Minderheitenbewegung ist, wird es kaum je gelingen, die Politik des Rates wesentlich zu beeinflussen, schon gar nicht, wenn es an Regierungseteiligungen in den Zentralregierungen der Mitgliedsstaaten fehlt. Aber auch im Falle von Regierungsbeteiligung haben die Regierungschefs den maßgeblichen Einfluss im Rat, gerade aber nicht nur in seiner Zusammensetzung als Europäischer Rat. Eine strategische Lage, in der ein maßgeblicher Anteil der mitgliedsstaatlichen Regierungschefs, gerade der großen und einflussreichen Mitglieder Frankreich, Deutschland und Großbritannien von den Mitgliedsparteien der Europäischen Linken gestellt wird, ist jedenfalls momentan nicht absehbar.

Die Kommission ist ein besonderer Fall. Ihr fehlt die Unabhängigkeit einer US-amerikanischen Bundesregierung schon weil ihre Mitglieder und besonders ihr Präsident vom Rat bestimmt werden. Die seit Lissabon erreichte Beteiligung des Parlaments bei der Kommissionsbesetzung ist zwar erfreulich, aber nicht maßgebend. Daher wird es eine Tendenz der Kommission geben weniger als einzig wirkliche Unionsinstitution auftreten, als das ihr eigentlicher Anspruch im Institutionengefüge ist. Vielmehr dürfte sie den Bedürfnissen der mitgliedsstaatlichen Regierungen näher zu stehen, als den genuinen Unionsinteressen, die von der Kommission selbst auch erst einmal formuliert werden müssten. Diese institutionelle Schieflage der Kommission zum Rat hin zeigt sich ja gerade unter der Ägide von Manuel Barroso in besonderer Schärfe. Die EU bräuchte dringend – aber das ist nur ein Exkurs – eine selbstbewusstere Kommission, um ein genuines Projekt zu sein. Eine Kommission als verlängertester Arm des Rates ist überflüssig. Einzelpersonlichkeiten, die auch öfter einmal auf Konfrontation zum Rat gehen (erinnert sei etwa an den schon legendären Kommissionspräsidenten Jacques Delors), muss es geben in einem funktionierenden europäischen Projekt.

Tritt also der dritte im Bunde ins Auge, nämlich das Parlament. Hier muss die Beurteilung doch um einiges differenzierter ausfallen als mit Blick auf Rat und Kommission.

2. Mehr Strategisches zum EP

Die Bedeutung des Parlaments für den europäischen Rechtssetzungsprozess hat nach Lissabon nicht unerheblich zugenommen und das ist – auch aus

dem Blickwinkel der parlamentarischen Linken, die diesen Vertrag stets mit Verve bekämpft hat – eine positive Entwicklung. Zwar stellt auch hier die GUE/NGL keine Mehrheit, aber die Zahl der von ihr initiierten und unterstützten Initiativen, die europäische Gesetzgebungsrealität geworden ist, ist im Vergleich zu ähnlichen strategischen Situationen in mitgliedsstaatlichen Zentralparlamenten beachtlich. Nahezu alle aus linker Sicht positiv zu bewertenden Aktionen der EU (zuletzt etwa der Stopp von ACTA) gingen vom Parlament aus bzw. wurden von ihm gegen Widerstände teils im Rat, teils in der Kommission, teils in beiden Gremien durchgesetzt.

Das Parlament ist wie alle Parlamente – und das ist für die strategischen Überlegungen der parlamentarischen Linken her beachtlich – von der Straße her druckempfindlich; sehr viel druckempfindlicher jedenfalls als im Vergleich zu Rat und Kommission.

Dem Grunde nach ist die Lage also nicht anders als in den Mitgliedsstaaten selbst, etwa in Deutschland. Die politische Linke, die als Minderheitenbewegung weder in beachtlichem Maße Ministerpräsidenten oder Landesregierungen dominiert, kann ihren Einfluss nur in höchst begrenztem Maße durch den Bundesrat geltend machen. Ein Einfluss über die Bundesregierung ist mangels Regierungsbeteiligung gar nicht, in Regierungsbeteiligung als kleinerer Partner nur begrenzt möglich. Deswegen bleiben Bundestag und Landtage das zentrale strategische Handlungsfeld. Hier kann Öffentlichkeit erzeugt werden, ohne an den „Schaltstellen der Macht“ zu sitzen und politische Prozesse beeinflusst werden. Die für linke Politik strategisch interessante Frage für Europa ist mehr denn je: bietet das Europäische Parlament – und die Repräsentation als Minderheit in ihm – die Möglichkeit die Dinge hin zu den von ihr vertretenen Politiken zu verändern, oder nicht?

3. Parlamentarisch oder antiparlamentarisch: aber dann konsequent!

Man kann die Sache auch anders formulieren: Die parlamentarische Linke in Europa hat sich entschieden – wie der Name schon sagt – linke Politik in Parlamenten zu machen und von ihnen aus Ausflüge, hoffentlich längere als kürzere, in die Regierung zu machen; Ausflüge schon deshalb, weil in der Demokratie Macht immer auf Zeit vergeben wird. Dies macht die parlamentarische Linke, weil sie meint, in nationalstaatlichen Parlamenten politisch etwas erreichen zu können.

Es gibt auch andere Leute: Nämlich diejenigen, die meinen, das nationalstaatliche System sei ohnehin so verrotten, der Parlamentarismus sei das Feigenblatt der hässlichen Fratze des

Kapitalismus, sodass ohnehin alles keinen Sinn habe, und es lohnender sei, im stillen Kämmerlein darauf zu warten, dass alles anders werde. Diese Leute nennt man die antiparlamentarische Linke.

Wenn die parlamentarische Linke diese Frage nach der Sinnhaftigkeit parlamentarischen Engagements positiv beantwortet, verbindet sie damit auch gleichzeitig die Einschätzung, es sei noch nicht alles verloren. Die parlamentarische Demokratie sei ein Projekt, an dem es sich zu arbeiten lohne. Schlüssel ist hier die Repräsentanz im Bundestag bzw. den Landtagen. Der Frage nach dem Projekt Europäische Union muss mit den gleichen Kriterien begegnet werden. Hat das Projekt Potential? Das heißt, bestehen die Möglichkeiten über parlamentarische Arbeit, mehr für die eigenen politischen Projekte zu erreichen? Diese Frage ist mit einer zweiten Frage verknüpft: Hat das Parlament, und auch die Opposition in ihm, wirklich die Macht politische Prozesse zu beeinflussen, sei es direkt, sei es über die Bündelung von Öffentlichkeit gegen für falsch erachtete, aber mehrheitlich getragene politische Projekte.

4. Das Europäische Parlament – ein verlorener Posten?

Dass im Europäischen Parlament so etwas möglich sei, wird bestritten. Es herrscht die Ansicht, das Europäische Parlament sei zu schwach, eine Repräsentanz in ihm sei mehr oder weniger wertlos. Konkret gibt es drei Kritikpunkte, übrigens keineswegs nur von linker Seite.

Zunächst wird gesagt, es gebe keine europäische Öffentlichkeit, daher auch keine Kontrolle des Parlaments und mithin für Minderheiten im Parlament keine Möglichkeit der politischen Öffentlichkeitsarbeit. Zweitens wird gesagt, das Parlament sei kein gleichberechtigter Akteur im Konzert der EU-Institutionen, ihm fehlten die entsprechenden Rechte, auch Minderheitenrechte, im Rechtssetzungsverfahren. Bestritten wird drittens, das Parlament sei – teils mit Blick auf die vorgenannten Kritikpunkte – kein gleichwertiger Ersatz demokratischer Legitimation für den Verlust nationalparlamentarischer Regelungskompetenzen. Stimmen diese drei Kritikpunkte überhaupt und entsprechen Sie den spezifischen strategischen Blickwinkeln linker Politik?

a) Kritikpunkt eins: Keine Europäische Öffentlichkeit. Die Kritik an der fehlenden Stärke des Parlaments im europäischen Institutionengefüge ist so zahlreich, wie sie oft unhinterfragt ist. Zwar wird insgesamt in Europa beklagt, es gebe keine europäische Medien-Öffentlichkeit, die eine vernünftige Kontrolle des Parlaments ermögliche.

Interessant an dieser Kritik ist aber, dass sie insbesondere von konservativer Seite kommt, und zwar mit Blick darauf, einen europäischen Gesamtstaat könne es nicht geben. Die Mitgliedstaaten seien zu unterschiedlich, mithin fehle es an einem gemeinsamen Staatsvolk mit seinen Instrumenten wie gemeinsamen Parteien, Medien und weiteren Apparaten zur außerparlamentarischen Kontrolle der europäischen Institutionen. Dieses Argument ist schon allein deshalb interessant, weil dies alles für neu entstehende Staaten zunächst nicht gegeben ist. Wo war das deutsche Staatsvolk 1870/71, wo die gesamtstaatlichen Parteien und Medien? Oder anders gewendet: wo ist das alles heute? Gäbe es heute in Deutschland gesamtstaatliche Parteien, wenn das Wahlrecht dieses nicht vorsähe? Wie sähe beispielsweise die deutsche Parteienlandschaft aus, wenn das Wahlrecht nicht nur länderspezifische Parteienlisten, sondern auch länderspezifische Fünf-Prozent-Hürden und die unbegrenzte Möglichkeit von Listenverbindungen zu Fraktionen im Bundestag vorsähe? Gäbe es dann Die Linke als Gesamtpartei überhaupt? Alle wissen, es gäbe sie nicht. Gäbe es Bündnis 90/Die Grünen? Wie oft gäbe es die CDU oder die SPD?

Die Schwäche dieses Arguments ist erstens, dass die bestehende politische Öffentlichkeit übersehen wird, zweitens verwechselt es Ursache und Wirkung. Wenn die EU wichtige Fragen entscheidet, entsteht auch eine europaweite Öffentlichkeit hierüber. Debatten um ACTA, Protest gegen Roma-Abschiebungen oder Einfuhrbestimmungen für Bananen zeigen das. Freilich wären diese Debatten direkter, wenn es ein europaweit orientiertes Wahlrecht gäbe, die Direktwahl des Kommissionspräsidenten und europaweite Parteien auf dem Wahlzettel beispielsweise. Öffentliche Aufmerksamkeit kann nicht dauerhaft von wichtigen Entscheidungen abgelenkt werden. Wer die eine europäische Öffentlichkeit intensivieren will, kann dazu institutionelle Schritte gehen, die Öffentlichkeit wird folgen. Den Mangel an europäischer Öffentlichkeit als Argument gegen mehr europäische Staatlichkeit zu verwenden ist mithin zirkelschlüssig.

b) Kritikpunkt zwei: Das rechtlose Parlament. Es wird immer wieder gesagt, dem Parlament fehlten wichtige Entscheidungsrechte, allen voran das Initiativrecht. Zwar wird dies ständig vorgetragen, allerdings wird wenig über die tatsächliche politisch-praktische Bedeutung dieses Rechts diskutiert. Zunächst ist schnell festgestellt, dass im nationalparlamentarischen Alltag nur ein Bruchteil der beschlossenen Rechtsakte tatsächlich auf die Initiative des Parlaments zurückgeht.

Vielmehr steht der Beschluss von Regierungsvorlagen im Vordergrund, die möglicherweise abgeändert werden. In der parlamentarischen Praxis des Europäischen Parlaments kann auch ein von der Kommission vorgelegter Entwurf dem Grunde nach bis zur Unkenntlichkeit verändert werden, am Ende des Prozesses sogar das Gegenteil dessen regeln, was die Kommission ursprünglich vorhatte. In der Praxis ist das fehlende Initiativrecht also für das Parlament kein Hinderungsgrund, seine politische Position in den Prozess einzubringen.

Das Initiativrecht als Minderheitenrecht wird ohnehin maßlos überschätzt. Zwar kann man auch im nationalparlamentarischen Rahmen als Minderheit einen Gesetzesvorschlag einbringen, dieser wird aber praktisch niemals ohne wesentliche Veränderungen durch die Mehrheit beschlossen werden. Es handelt sich um Oppositionsarbeit „für den Papierkorb“. Zwar dient ein solches Verfahren zur öffentlichkeitswirksamen Darstellung politischer Alternativen, dazu bedarf es aber keines Gesetzesentwurfes, der formell in das Verfahren eingebracht wird. Um alternative Politik aufzuzeigen gibt es auch andere Mittel, die oft wesentlich wirkungsvoller sind.

Wesentlich bedeutsamer – aus linker Minderheitensicht – als das Initiativrecht sind Minderheitenrechte wie beispielsweise ein Minderheiten-Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof zur Feststellung des Verstoßes eines Rechtsaktes gegen höherrangiges Unionsrecht. Fraglich ist aber, ob beim Fehlen solcher Minderheitenrechte schon von einem „rechtlosen Parlament“ gesprochen werden kann.

Wenn oft angeführt wird, das Parlament sei im Institutionengefüge schon deshalb bedeutungslos, weil im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren nur dann ein Rechtsakt zustande komme, wenn sich Parlament und Rat einigen, dann ist auch dies im Ergebnis nicht überzeugend. Das ist der Regelfall im Zweikammer-System. Das gilt im *checks-and-balances*-System der USA ebenso wie – mit Abstrichen – im föderalen System der Bundesrepublik bei (durch den Bundesrat) zustimmungspflichtigen Gesetzen.

Die These dieses Papiers lautet also: Das Europäische Parlament ist auch nicht wesentlich rechtloser als andere Parlamente, an denen eine Beteiligung der parlamentarischen Linken nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird.

c) Kritikpunkt drei: Kein Ersatz nationalstaatlicher demokratischer Legitimation. Als weiterer wichtiger Kritikpunkt wird gegen das Europäische Parlament vorgebracht, es sei – teils mit Blick auf seine Rechtlosigkeit – kein gleichwertiger Ersatz für die de-

mokratische Legitimation, die über die mitgliedstaatlichen Parlamente vermittelt werde. Dieses Argument ist bemerkenswert. Das Bundesverfassungsgericht vertritt diese Ansicht und zwar mit Blick auf das Wahlrecht zum Europäischen Parlament. Hauptargument ist dabei, dass die Wahl zum EP die Bundesbürger benachteilige. Da die Bundesrepublik nur 96 Abgeordnete, ein kleines Land wie Malta aber noch sechs Abgeordnete entsendet, kommt es zum Phänomen der degressiven Proportionalität. So vertritt ein_e Europa-Abgeordnete_r aus Deutschland 589 000 Einwohner_innen, ein_e Abgeordnete_r aus Malta lediglich 67 000. Diese Benachteiligung der Einwohner_innen großer Mitgliedstaaten sei, so das Bundesverfassungsgericht, nicht mit den Anforderungen an ein demokratisches Parlament für einen Staat vereinbar.¹

Dies ist zweifellos demokratietheoretisch bedenklich. Allerdings vermag – auch aus politischer Sicht – diese Tatsache kaum darüber hinwegzutäuschen, dass das Europäische Parlament als ein Gremium von gewählten Abgeordneten demokratische Legitimation vermittelt, wenngleich auch mit geringerem Gewicht der Abgeordneten größerer Mitgliedstaaten. In Anbetracht der Tatsache, dass sich im Parlament aber länderübergreifende Fraktionen bilden, muss schon in Rechnung gestellt werden, dass das Parlament im Wesentlichen anhand unionspolitischer, nicht vorrangig nationalpolitischer Kriterien seine Entscheidungen trifft. Wenn deutsche Interessen auch europäische Interessen sind, wie immer gesagt wird, dann kann es kaum darauf ankommen, ob sie von einem Deutschen oder von einem/einer maltesischen Abgeordneten vertreten werden.

Hinzu kommt ein weiterer Gesichtspunkt. Das Bundesverfassungsgericht wünscht sich stets, dass die aus seiner Sicht fehlende demokratische Kontrolle, die das Europäische Parlament nicht ausüben könne, dann komplementär durch den Deutschen Bundestag ausgeübt werde. Eben darum hat es in seiner Lissabon-Entscheidung die Rechte des Bundestages in EU-Gesetzgebungsfragen gestärkt. Es lässt sich aber leicht absehen, dass eine indirekte Kontrolle des EU-Gesetzgebungsverfahrens über den Bundestag „um mehrere Ecken gedacht“ ist. Nur in absoluten Ausnahmefällen wird sich der Bundestag einmal wirklich in EU-Rechtssetzungsverfahren einmischen. Das dürften regelmäßig Fälle sein, in denen die Bundesregierung schon von sich aus auf Druck der Parlamentsmehrheit aktiv geworden ist. Eine Detailbegeleitung solcher EU-Rechtssetzungsverfahren ist – auch in Einzelfällen – nicht zu erwarten. Daher ist es schon aus praktischen Gründen illusorisch anzunehmen, das nationale

Parlament könne etwaige Demokratiedefizite des Europäischen Parlaments ausgleichen. Vielmehr sollte der Blick darauf gelenkt werden, dass das Europäische Parlament durchaus demokratische Legitimation vermittelt. Dies kann auch nicht an einer relativen Unterrepräsentanz der Zahl deutscher Abgeordneter scheitern. Insbesondere aus linker Sicht scheint dieses Argument von seiner Struktur her noch zusätzlich fraglich.

5. Die EU ist mehr als „Brüssel“

Fazit: Das Parlament ist besser als sein Ruf. Das Europäische Parlament ist zugleich der Anker, der ein politisches

Agieren innerhalb der EU-Strukturen auch aus linker Sicht erforderlich macht. Grund dafür ist die Tatsache, dass ein Agieren möglich ist und – innerhalb des begrenzten Rahmens, der linker Politik als Minderheitenpolitik auf allen Ebenen gesteckt ist, – Erfolg verspricht. Wenn es aber möglich ist, innerhalb der EU politisch zu wirken, dann muss es auch darum gehen, eine Situation zu erhalten, in der das möglich bleibt. Das gilt dann, wenn die Alternative eine Verschlechterung bedeutet. Dass diese Situation momentan gegeben ist, ist die grundlegende These dieses Papiers.

B) Was jetzt europapolitisch ansteht, und warum es darum geht, für die EU Partei zu ergreifen

Nichts ist einfacher als Anti-EU-Populismus. Dass „Brüssel“ daranschuld sei, dass die „Karre in den Dreck“ gefahren ist, ist schnell behauptet und nicht so schnell widerlegt, weil die Vorurteile groß, aber das Wissen über die europäische Politik gering sind. Eine solche Politik ist aber verfehlt. Zunächst muss festgestellt werden, dass die EU momentan gar nicht am Zuge ist, sondern Deutschland und Frankreich bereits deutlich ohne die EU-Institutionen die Führung bei der Euro-Krisenpolitik übernommen haben. Das führt dazu, dass die oben dargestellten Einwirkungsmöglichkeiten auf die europäische Politik jetzt ausgeschaltet werden, und zwar genau im gleichen Maße, wie die EU durch eine deutsch-französischer Großmachtspolitik ausgeschaltet wird. Das ist aus linker Sicht wesentlich bedenklicher als eine größere Verantwortung der EU, die strategisch gesehen der bessere Krisenakteur wäre.

6. Mehr Kompetenz für die EU, weniger Großmachtpolitik Deutschlands

Auf einer vielbeachteten Rede, mit deren Inhalt man nicht in jedem Punkt einverstanden zu sein braucht, hat der vormalige Bundeskanzler Helmut Schmidt richtigerweise bereits Ende 2011 vor einer sich abzeichnenden Großmachtpolitik Deutschlands in Europa gewarnt.

„Wenn wir Deutschen uns verführen ließen, gestützt auf unsere ökonomische Stärke, eine politische Führungsrolle in Europa zu beanspruchen oder doch wenigstens den Primus inter pares zu spielen, so würde eine zunehmende Mehrheit unserer Nachbarn sich wirksam dagegen wehren. Die Besorgnis der Peripherie vor einem allzu starken Zentrum Europas würde ganz schnell zurückkehren. Die wahrscheinlichen Konsequenzen solcher Entwicklung wären für die EU verkrüppelnd. Und Deutschland würde in Isolierung fallen. Die sehr große

und sehr leistungsfähige Bundesrepublik Deutschland braucht – auch zum Schutze vor uns selbst! – die Einbettung in die europäische Integration.“²

Gemeinsam mit Frankreich ist aber genau dies eingetreten. Kernstück der Krisenpolitik wird der ab 2013 in Kraft tretende Europäische Stabilitäts-Mechanismus (ESM) sein. Der ESM, der dazu dienen soll, EU Mitgliedsstaaten, deren Währung der Euro ist, mit Krediten zu versorgen, ist – das ist ein in der Diskussion nicht ausreichend beachteter Punkt – keine EU-Institution. Vielmehr handelt es sich um eine eigens geschaffene Internationale Institution, die ohne jede Beteiligung der EU-Institutionen über die fiskalische Seite der Euro-Krisenpolitik entscheidet.

Zunächst sind im ESM nicht alle EU-Staaten Mitglied, sondern nur diejenigen, deren Währung der Euro ist. Für den ESM entscheidet allein ein Exekutivgremium, der sog. Gouverneursrat, wobei die Stimmgewichte sich an den durch die Euro-Staaten geleisteten Einlagen in ESM bemessen. Gegen Deutschland, dessen Stimmanteil über 25% beträgt, kann keine Entscheidung getroffen werden, die 80% der Stimmen im Gouverneursrat erfordert. Den wichtigen Posten des Geschäftsführenden Direktors wird mit Klaus Regling ein Deutscher übernehmen.

Dies zeigt, dass die Euro-Staaten, insbesondere Deutschland und Frankreich, keineswegs eine europäische Lösung (gemeint ist eine Unionslösung) der Eurokrise verfolgen. Wenn davon gesprochen wird, die Krise müsse durch eine vertiefte europäische Integration gelöst werden, dann fragt sich, welche Integration gemeint ist: offensichtlich keine, die sich im Rahmen der eingeführten Institutionen der Europäischen Union bewegt, sondern eine, die auf neue Institutionen setzt, in denen Deutschland ein übergroßes Gewicht hat. Mit Blick auf die oben gemachten Ausführungen muss man noch hinzu-

fügen: deutsches Übergewicht heißt ein Übergewicht der deutschen Exekutive.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem ESM-Urteil darauf bestanden, dass der Deutsche Bundestag als nationales Parlament Mitsprache beim ESM haben muss.³ Das ist ein deutliches Signal, dass demokratisch gewählte Vertreterinnen und Vertreter in der Haushaltspolitik die wesentlichen Entscheidungen selbst treffen müssen, und nicht an die Exekutive delegieren dürfen. Alle Erfahrung zeigt aber, dass eine Kontrolle europäischer Politik über nationale Parlamente – schon aufgrund einer gewissen Sachferne – nur in Ausnahmefällen merkbare Wirksamkeit entfaltet. Viel entscheidender als die Kritik, der Deutsche Bundestag sei nicht eingebunden, muss die Feststellung sein: das Europäische Parlament spielt bei der ganzen Sache keine Rolle mehr. Gleiches gilt im Übrigen für Kommission und Rat, wobei oben versucht wurde darzulegen, dass gerade die Einbindung des Europäischen Parlamentes aus linker Sicht eine zentrale Forderung sein muss.

Die EU ist also als Krisenakteur über den ESM bereits an einer wichtigen Stelle ausgeschaltet, und das ist ein Nachteil sowohl aus demokratietheoretischer Sicht für die demokratische Kontrolle der politischen Entscheidungen als auch aus linker strategischer Sicht. Stellt doch das Europäische Parlament die entscheidende Arena dar, in denen auch politische Minderheitenpositionen vertreten werden und – unter gewissen Umständen – zur Geltung gebracht werden können.

7. Die EU als potentieller Krisenakteur

Die parlamentarische Linke hat mehrfach das Hauptproblem für die Eurokrise benannt, das darin besteht, dass innerhalb des gemeinsamen Währungsraums die wirtschaftlich stärkeren Mitgliedsstaaten, die dazu noch das Instrument der Drückung von Arbeitskosten nutzen, ihre Gewinne auf Kosten der schwächeren Mitgliedsstaaten machen. Den Außenhandelsüberschüssen etwa Deutschlands stehen spiegelbildlich die Außenhandelsdefizite der südeuropäischen Länder gegenüber⁴. Hier entsteht eine Spirale, die die den europäischen Wirtschafts- und Währungsraum immer weiter auseinanderdriften lässt.

Will man den europäischen Währungsraum zusammen halten, muss man sich ansehen wie nationalstaatliche Währungsräume kohärent bleiben. Auch in Deutschland erwirtschaften südliche Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg ihre wirtschaftlichen Überschüsse auf Kosten anderer Länder, etwa in Ostdeutschland, mit denen sie in Standortkonkurrenz stehen. Allerdings gibt es innerstaatliche Ausgleichsmechanismen. Der

Länderfinanzausgleich ist zwar ein vordergründiger, aber keineswegs der bedeutendste Mechanismus dieser Art. Wird beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern jemand arbeitslos, dann erhält er Arbeitslosengeld aus denselben Steuermitteln, die in Baden-Württemberg erwirtschaftet worden sind. Das innerdeutsche Sozialsystem, das die Risiken von Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie die Versorgung im Alter über nationalstaatliche Systeme absichert, ist der zentrale Kitt, der den Währungsraum Bundesrepublik zusammen gehalten hat.

Weil ein solcher sozialstaatlicher Kitt im Euroraum fehlt, es beispielsweise kein europäisches Arbeitslosengeld gibt, das gleichzeitig Differenzen im Außenhandel nivellieren würde, ist der Euroraum in der Krise. Der fehlende europäische Sozialstaat ist hierbei wesentlich bedeutsamer als eine haushaltspolitische Harmonisierung, die jetzt in aller Munde ist. Ein gemeinsamer Währungsraum kann ohne solche, zum Beispiel eine Schuldenbremse, funktionieren, nicht aber ohne solidarische Ausgleichssysteme.

Ein theoretischer Rahmen hierfür bietet die aus der Volkswirtschaft kommende *Theory of Optimum Currency Areas*. Hierbei werden klassischerweise zwei Faktoren ausgemacht, die gemeinsame Währungsräume zusammen halten, erstens die Arbeitsmobilität innerhalb des Währungsraum, die bei sogenannten „asymmetrischen Schocks“ die entstehenden Ungleichgewichte durch Migration von Arbeitskräften ausgleichen kann, und eben gemeinsame Transfersysteme.⁵ Da die Erhöhung von Arbeitsmobilität in der Eurozone – schon aufgrund von Sprachbarrieren – in absehbarer Zeit nicht das Niveau nationalstaatlicher Währungsräume erreichen wird, spielen gemeinsame solidarische Ausgleichssysteme die entscheidende Rolle.

Es wäre aber kurzsichtig anzunehmen, der EU fehle es gänzlich an solchen solidarischen Ausgleichssystemen. Das europäische Agrarförderung, besonders aber die Struktur- und Kohäsionspolitik, die zusammen über zwei Drittel des Unionshaushalts ausmachen, haben einen solchen Charakter und auch eine solche Wirkung. Im Rahmen des Systems der Kohäsions- und Strukturpolitik wird eine Menge Geld auf die Reise geschickt, um diejenigen Europäischen Regionen, die besonders nach unten vom Durchschnitt der Wirtschaftskraft abweichen mit der Förderung von Projekten zu unterstützen. Dass dieses System gerade in Zeiten der Eurokrise gestärkt werden müsste, ist verschiedentlich angedacht worden⁶, bildet allerdings bislang – zu Unrecht – keinen zentralen Bestandteil der linken Krisenpolitik.

Das Gegenteil ist aber der Fall, weil

die Kohäsionspolitik gerade von denselben Akteuren demontiert wird, die von der Krise weniger hart getroffen wurden und jetzt die Macht in der Union zu übernehmen versuchen: Frankreich und Deutschland. Die Kohäsionsmittel werden nicht nur nicht erhöht, sondern die Vergabekriterien sollen noch mit den europäischen Verschuldungskriterien gekoppelt werden, so dass die südeuropäischen Länder, deren Staatsverschuldung in der Krise stark angestiegen ist, zusätzlich auch noch geringere Fördermittel erhalten werden. Das trifft nicht nur bei der europäischen Linken auf Widerspruch.⁷

Auch an dieser Stelle wäre es wichtig, die bestehenden solidarischen Ausgleichsmechanismen, die die EU schon hat, gegen Angriffe der Einzelstaaten zu verteidigen, die hierüber Solidarität üben müssten. Mehr Solidarität in Europa ist kaum dadurch zu erreichen, dass man das Erreichte ignoriert und auf eine Strategie setzt, die die EU politisch ausklammert. Im Ergebnis führte das in eine Situation, in dem es keinen Akteur mehr gibt, der Solidarität innerhalb Europas organisieren und seine Durchsetzung gegenüber den reicheren Staaten sicherstellen könnte.

Es muss also um den Ausbau europaweiter solidarischer Transfersysteme gehen, was nicht nur wirtschaftspolitisch geboten ist, sondern auch Kernstück der bisherigen linken Europapolitik gewesen ist (Stichwort: Europäischer Sozialstaat), an die es anzuknüpfen gilt. Der von anderen als Schreckgespenst propagierte Begriff der Transferunion müsste Kernstück und mittelfristiges Ziel linker Europapolitik werden.⁸ Gleichzeitig ist dies eben genau das, nämlich ein mittelfristiges Ziel.⁹ Daher betont Krugman zu Recht, dass kurzfristig eine veränderte Stellung der Europäischen Zentralbank zur Krisenbewältigung geboten ist, die die Eurostaaten bei der Beschaffung von Kapital als eine Art letzter Ausweg offen stehen muss. Dies wird freilich auch von der Linken gefordert, am deutlichsten in der Forderung nach EZB-Direktkrediten an die Mitgliedstaaten.¹⁰

Konsistent durchgehalten wird diese politisch gebotene Ausrichtung allerdings nicht, wenn man prominente Stimmen aus der Linken bedenkt, die sich gegen den Kauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt durch die EZB ausgesprochen haben.¹¹ Dies ist eine Position, die sich nur sehr schwierig in eine linke Europapolitik einfügen lässt.¹²

8. Was muss jetzt gemacht werden?

Nicht nur pro Europa, auch pro Europäische Union: Das ist die Losung der Stunde. Fassen wir noch einmal zusammen, warum.

Zunächst stellt sich die Frage nach

der politischen Alternative in der gegebenen Situation. Eine Rückkehr in den europäischen Nationalstaat und nationalstaatlich-protektionistischer Außenhandelspolitik ist nicht nur gesellschaftspolitisch aus linker Sicht eine Katastrophe. Es ist auch ein wirtschaftspolitisches Konzept, dass im 21. Jahrhundert keinen Erfolg verspricht. Niemand, der ernst zu nehmen wäre in der politischen Linken, fordert das offene. Aber das bedeutet auch, dass linke Vorschläge in der Krisenpolitik – zu Ende gedacht – nicht dahin führen dürfen. Daher die Frage: Bietet die jetzige strategische Lage die Möglichkeit bei einer Polemik gegen die EU-Institutionen deren demokratischere Reformierung zu erreichen und eine sozialstaatlichere Politik zu organisieren? Dann wäre sie womöglich angebracht. Aber die Lage ist doch ganz anders: Europa steht vor dem Ausverkauf nicht durch „Brüssel“, sondern durch „Berlin“ und „Paris“. Die Interessen der reichen Mitgliedsstaaten, die ihre Privilegien nicht aufgeben wollen, sind es, die durch eine Anti-Brüssel-Polemik gestärkt werden.

Was muss also aus linker Sicht heute getan und gefordert werden?

1) Das Europäische Parlament, das die einzig verlässliche linke Einflussnahmemöglichkeit im europäischen Institutionengefüge darstellt, muss politisch gestärkt werden. Defätistische Rhetorik über das schwache und einflusslose Europäische Parlament darf nicht denen in die Hände spielen, die alles lieber ohne direkt vom Volk gewählte Abgeordnete entschieden sehen.

2) Die EU muss – mit Blick auf das Parlament – Vorrang haben vor nationalstaatlichen Alleingängen in der Eurokrise. Wenn die starken und von der Krise am wenigsten betroffenen Staaten im Alleingang entschieden und den wirtschaftlich gebeutelten Staaten ihre Bedingungen aufdrücken können, ohne dass die Gesamt-EU-Perspektive Raum greift, dann ist das europäische Projekt ernsthaft in Gefahr.

3) Das linke Ziel heißt Transferunion! Nur durch europaweite solidarische Ausgleichssysteme ist das Projekt dauerhaft zu stabilisieren und nur so wird seine Akzeptanz auch wieder wachsen. Die Polemik, die „fleißigen Deutschen“ könnten doch wohl den „faulen Griechen“ nicht die hart verdienten Steuergelder hinterherwerfen widerspricht dem linken Grundwert der internationalen Solidarität; das gilt auch dann, wenn diese Polemik mit der kleinen Wendung verkauft wird, bei der „Griechenland-Rettung“ gehe es ja ohnehin nur um „Bankenrettung“. Alle wissen: Banken-Bail-Out war und ist „part of the game“. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass Die Linke im Bundestag zwar dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz nicht zugestimmt hat,

sich aber grundsätzlich positiv auf die Bankenrettung durch die Bundesregierung bezogen hat. So erklärte etwa der Linken Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Oskar Lafontaine, zur Debatte um die HRE und IKB-Rettung:

„Wir haben doch gar keine andere Wahl, als das Finanzmarktsystem – wie es so schön heißt – schleunigst wieder in Gang zu bringen. Insofern ist das, was Sie technisch machen, in der Sache nicht zu kritisieren. Selbstverständlich muss das Interbankengeschäft wieder funktionieren, und selbstverständlich müssen die Banken über ausreichendes Kapital verfügen, um nicht pleitezugehen. Das steht alles außer Frage.“¹³

Und auch sei daran erinnert, dass die von der Linken rege geforderte Verstaatlichung des Bankensektors die Mutter aller Bail-Outs ist. Ob dabei auch alle Schulden immer in der entstandenen Höhe zurückgezahlt werden müssen ist eine andere Frage. Aber allein mit einer „die EU ist die Union der Banken und Konzerne, werft sie in den Müll“-Rhetorik, würde Die Linke – zu Recht – keinen Blumentopf gewinnen. Ob eine solche Rhetorik überhaupt noch ein Stimmenmagnet ist, sei doch mit Blick auf die niederländische Parlamentswahl aus dem September auch einmal in Frage gestellt.¹⁴

4) Die EU ist nicht nur ein Projekt des Freihandels, sie ist auch ein Projekt der Angleichung der Lebensverhältnisse in den Mitgliedstaaten. Dafür steht die Kohäsions- und Strukturpolitik. Sie muss gegen Angriffe verteidigt werden. Darüber hinaus brauchen wir eine pro-europäische Politik, die für die Schaffung eines europäischen Sozialstaats eintritt, wie das bereits in der Vergangenheit gute linke Tradition in der Europapolitik war. Dass die EU auch dieses Potential bietet, das im nationalstaatlichen Rahmen nie zu erreichen sein wird, muss in den Vordergrund

5) Die parlamentarische Linke muss heute mehr denn je an einem europäischen Parteienprojekt arbeiten. Die Verdienste rund um die Europäische Linke sind hinlänglich bekannt. Aber das Projekt stockt; wie alles Rückschläge hat, was einen gesamteuropäischen öffentlichen Raum zu etablieren versucht. Das Projekt EL, mit all seinen Macken, muss „gepusht“ werden, anstatt mal offen, mal weniger offen belächelt zu werden. Das gilt freilich auch für die Arbeit der Europaabgeordneten.

* „Bleibt die Frage, ob der Euro erhalten werden soll. Letztendlich, nach allem was ich sagte, sieht es zunehmend so aus, als ob das ganze Projekt ein Fehler war. Warum soll man es dann nicht abbrechen? Die Antwort, glaube ich, ist vor allem politischer Natur. Obwohl nicht ganz – ein Ende des Euros wäre eine enorme Störung und brächte riesige Übergangskosten. Die anhaltenden Kosten einer Aufgabe des Euros wäre eine große Niederlage für das europäische Projekt im weiteren Sinne, das ich am Anfang dieser Diskussion beschrieben habe – ein Projekt, das der Welt in so hohem Maße gut getan hat, und kein Bürger der Welt sollte sich wünschen, dass das scheitert.“

(Eigene Übersetzung der Red.)

Die innerparteiliche Aufmerksamkeit für die europäische Ebene korreliert nicht annähernd mit deren Bedeutung für die Steuerung der politischen Prozesse. Dazu gibt es keine Patentrezepte. Aber auch, wenn es noch so unendlich mühsam ist: Das muss sich ändern.

Der Wirtschafts-Nobelpreisträger Paul Krugman schreibt:

„This leaves the question of whether the euro even should be saved. After all, given everything I said, it looks increasingly as if the whole project was a mistake. Why not let it break up? The answer, I think, is mainly political. Not entirely so – a euro breakup would be hugely disruptive, and exact high ‘transition’ costs. Still, the enduring cost of a euro breakup would be that it would amount to a huge defeat for the broader European project I described at the start of this talk – a project that has done the world a vast amount of good, and one that no citizen of the world should want to see fail.“¹⁵

Das Projekt des europäischen Einigungsprozesses ist ein Wert an sich. Er ist besonders aus linker Sicht ohne Alternative. Linke haben im 20. Jahrhunderts für die Überwindung von Nationalismus und Chauvinismus gekämpft, für eine internationalistische Idee, für eine Friedenspolitik, die die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen gefordert hat. Für all diese Projekte bietet die EU nicht nur Potential, sie hat sie teilweise in einem Grad bereits erreicht, der mit Blick auf die Katastrophen des 20. Jahrhunderts geradezu begeistern muss.

Die Europafrage ist für die parlamentarische Linke entscheidender als für andere politische Richtungen. Insofern lässt sich der Kommentar von Wolfgang Münchau hören, den er anlässlich der Kandidatur von Peer Steinbrück als Bundeskanzlerkandidat der SPD verfasst hat:

„Die Alternativlosigkeit sozialdemokratischer Politik ist somit konsistent mit der Wahl des Kanzlerkandidaten. Mit Steinbrück als Herausforderer hat Deutschland jetzt schon eine Große Koalition. Und da die Grünen ebenfalls ihre europapolitischen Konturen weitgehend verblassen ließen, von der FDP einmal ganz zu schweigen, bleibt für echte Pro-Europäer nur Platz ganz links außen; bei den Linken [...]“¹⁶

¹ BVerfGE 123, 267, Rn. 278 ff.

² Schmidt, Helmut (2011): Rede auf dem SPD-Parteitag vom 4. Dezember, online abrufbar unter: http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/21498/20111204_rede_helmut_schmidt.html?sessionid=1EB71DEB119953ACF20D3651E96EE38F

³ BVerfG, 2 BvR 1390/12 vom 12.9.2012, Rn. 211 f., online abrufbar unter: http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20120912_2bvr139012.html

⁴ Vgl. Schlecht, Michael (2012): Eurokrise? Deutsche Lohnkrise!, Kommentar vom 13. August, online abrufbar unter: <http://www.michael-schlecht-mdb.de/eurokrise-deutsche-lohnkrise.html>

⁵ Instruktiv Krugman, Paul (2012): Revenge of Optimum Currency Area, online abrufbar unter: <http://krugman.blogs.nytimes.com/2012/06/24/revenge-of-the-optimum-currency-area/>

⁶ Vgl. Ernst, Cornelia (2011): Stärken und Schwächen der Verordnungsentwürfe zur Zukunft der Kohäsionspolitik, Beitrag zur Konferenz „Die Zukunft der Kohäsionspolitik – Solidarität und Partnerschaft für Europas Regionen“ am 19. November im Thüringer Landtag, online abrufbar unter: <http://www.cornelia-ernst.de/wp-content/uploads/2011/12/Beitrag-Cornelia-Ernst-zur-Koh-C3%A4sionskonferenz.pdf>

⁷ Sehr anschaulich ist das in einem kleinen Videofilm dargestellt, den das Büro von Cornelia Ernst MdEP zur Verfügung stellt, online abrufbar unter: <http://www.cornelia-ernst.de/schlagwort/struktur-und-kohasionspolitik/>

⁸ Von der Wirkung her vergleichbar wäre ein Modell des automatischen Ausgleichs von Außenhandelsüberschüssen der Mitgliedstaaten der Eurozone, wie die von Hickel und Troost vorgeschlagene „Ausgleichsunion“. Vgl. Troost, Axel/Hickel, Rudolf (2012): Euro-Zone vor dem Ende? Rettung durch kurzfristig entschiedenes Handeln mit einer Vision für Europa. Papier an alle Bundestagsabgeordneten der Fraktion Die Linke im Bundestag vom September, online abrufbar unter:

⁹ Krugman (Fn. 5) hierzu: „One answer would be full integration, American-style – a United States of Europe, or at least a ‘transfer union’ with much more in the way of automatic compensation for troubled regions. This does not, however, seem like a reasonable possibility for decades if not generations to come“.

¹⁰ Riexinger, Bernd (2012): online abrufbar unter: http://www.die-linke.de/nc/dielinke/nachrichten/detail/artikel/der-oeonomische-weg-von-esm-und-fiskalpakt_ist-falsch/

¹¹ So Wagenknecht, Sahra (2012): Bankenrettung ohne Ende?, Neues Deutschland vom 10. September, online abrufbar unter: <http://www.linksfraktion.de/im-wortlaut/bankenrettung-ohne-ende/>

¹² So richtigerweise Troost, Axel/Hickel, Rudolf (2012): Euro-Zone vor dem Ende? Rettung durch kurzfristig entschiedenes Handeln mit einer Vision für Europa. Papier an alle Bundestagsabgeordneten der Fraktion Die Linke im Bundestag vom September.

¹³ Oskar Lafontaine am 15. Oktober 2012 im Bundestag, online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16182.pdf#P.19358>

¹⁴ Vgl. Müller, Tobias (2012): Tomaten verlieren an Farbe, Neues Deutschland vom 14. September, online abrufbar unter: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/238535.tomaten-verlieren-an-farbe.html?sstr=niederlande>

¹⁵ Krugman (Fn. 2)

¹⁶ Münchau, Wolfgang (2012) Steinbrücks große Fehleinschätzung, Spiegel Online vom 03.10.12, online abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/wolfgang-muenchau-peer-steinbrueck-und-seine-groesste-fehleinschaetzung-a-859295.html>

Inhalt

Aktuelle Meldungen	2
Schwarz-grüne Geister-Debatten • Feuerpause zwischen Israel und Gaza	
„Sieg des neuen Amerika“ – weiterer Streit mit dem „alten Amerika“ unvermeidbar	4
Auslandsnachrichten	8
Kenia: Streik im Hafen von Mombasa beendet • Namibia: NamPower-Belegschaft im Streik • Bahrain: Vorsitzende der Lehrgewerkschaft in Haft • Indien: Apollo-Arbeiter beenden 17-tägigen Streik • Nationale Aktionswoche in australischem Hafen • Paraguay: Massenproteste und Streiks • Georgien: Busfahrer fordern bessere Arbeitsbedingungen • Verdi unterstützt gefeuerte türkische DHL-Mitarbeiter	
Aktionen ... Initiativen	10
Demonstrieren für eine andere Landwirtschaft • Aktion zum Energiegipfel – 100 000 Unterschriften an Altmaier übergeben • 4000 Aktive bei Europäischem Strategietreffen • Linken-Politikerin fordert ein Aussetzen der Hartz IV Sanktionen • Aktionswoche gegen AKW Brokdorf • 9. November 2012: Rechtsextremisten entgegengetreten! • 20 000 Lehrkräfte in Sachsen legten die Arbeit nieder • 1500 für Hungerstreikende in der Türkei • Keine Kürzung des Entwicklungsetats • Unicef: Kinderrechte gehören ins Grundgesetz	
Gefährliche Freiheit? Ein Plädoyer für die Reintegration ehemaliger Sicherungsverwahrter	12
Oper? Welche und warum?	13
MVV Energie AG schiebt Kosten der Energiewende an Verbraucher weiter – bei den Niedrigeinkommen wird es eng!	14
Endlich in der Verfassung: Sinti und Roma sind Schleswig-Holsteiner	15
Statt Milliardengrab LBBW – Eine Stadtparkasse gründen!	16
Kommunale Politik	17
„Sollen Mieterinnen und Mieter den sozialen Wohnungsbau finanzieren?“ Darmstadt. • Bedarfsdeckung bei mietpreisgebundenen Wohnungen: Karlsruhe. • Keine Diskriminierung der Beschäftigten durch kirchliche Arbeitgeber: München. • Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“ zurücknehmen: Berlin.	
Geht Verdi in die Falle?	18
Europäische Arbeitszeitrichtlinie: Hinter verschlossenen Türen	19
Wirtschaftspresse	19
Organisieren! Detlef Wetzels über Wandlungsprozesse in der IG Metall	20
Warum die parlamentarische Linke jetzt helfen muss, die EU zu retten	22

Neu bei Rosa Luxemburg Stiftung: „Abschied aus der Demokratie“

Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte. Studie von Horst Kahrs, Auszüge aus der Einleitung:

Die Wahlbeteiligung sinkt in Deutschland seit über 30 Jahren mit wenigen Ausnahmen von Wahl zu Wahl. Oftmals gilt in den Medien eine imaginäre „Partei der Nichtwähler“ als die eigentliche Siegerin des Wahlabends.

Obwohl sich unter den Nichtwählern tatsächlich Bürger aller Bildungsschichten und Berufsgruppen finden, wurde mittlerweile allerdings mehrfach empirisch nachgewiesen, dass ein sich verstärkender Zusammenhang zwischen anwachsender Wahlenthaltung und sich vertiefender sozialer Spaltung existiert. Demnach schlägt sich soziale Desintegration in „demokratisch-repräsentativer Desintegration“ nieder und führt somit zumindest langfristig zu einer eindeutigen „sozialen Schieflage“, die Tendenzen einer Klassenspaltung aufweist.

Diese Studie setzt der Vorstellung, es gäbe eine „Partei der Nichtwähler“, eine differenzierte Sicht auf das Phänomen „Wahlenthaltung“ entgegen. Im Mittelpunkt stehen dabei der seit Mitte der 1980er Jahre zu verzeichnende stetige Zuwachs bei der Wahlabstinenz und die Frage nach dem sozialen Charakter des zunehmenden Abschieds aus der staatsbürgerlichen Bindung. Die Entscheidung, sich nicht an Wahlen zu beteiligen – also nicht nur an einer Beteiligung gehindert zu sein –, kann unterschiedliche Gründe und Motive haben: Man will ein Signal an die bevorzugte Partei senden, man ist von den Parteien und vom politischen System enttäuscht oder dauerhaft politisch desinteressiert.

Diese Studie beschäftigt sich mit dem sozialen Charakter der anwachsenden Abstinenz bei politischen Wahlen in Deutschland, vor allem mit der Wahlenthaltung bei Bundestagswahlen. Sie ist bemüht, den Stand der wissenschaftlichen Forschung zusammenzutragen und entlang der Fragestellung nach einem sich herausbildenden Klassencharakter der Wahlenthaltung auszuwerten.

Der Beschränkung der Fragestellung auf Parlamentswahlen könnte mit dem Argument begegnet werden, dass sich diejenigen, die sich nicht an Wahlen beteiligen, dafür zivilgesellschaftlich engagieren, etwa in sozialen Bewegungen, und damit Formen direktdemokratischer Partizipation bevorzugen. Tatsächlich zeigen empirische Beispiele wie der Hamburger Schulentcheid 2010 und neue Studien, dass auf diesem Feld die soziale Schieflage bei der Beteiligung noch stärker ausfällt als bei Bundestagswahlen. Offensichtlich handelt es sich um einen Vorgang, der mit Begriffen wie Parteien- und Politikverdrossenheit nicht zu fassen ist.

Eher schon fehlt es an einer Vision von der Veränderbarkeit der vorgefundenen Verhältnisse nach eigenen Vorstellungen und an dem Glauben an die eigenen Fähigkeiten.

Damit sind Fragen aufgeworfen, die in dieser Studie nicht beantwortet werden können. Inwieweit geht in einem sozial und wirtschaftlich bedrängten Alltag der Raum für politisches Interesse und Beteiligung generell zurück? Führen sozialer Abstieg und soziale Ausgrenzung nicht nur zum Verlust des Vertrauens in die eigenen Fähigkeiten, sondern auch zum Selbstauschluss, wonach „die Politik“ etwas für die anderen ist? Welche Rolle spielen die im Rahmen der Globalisierung der Arbeitsmärkte gemachten Erfahrungen der Ohnmacht gegenüber wirtschaftlich Mächtigen? Und schließlich: Welche Rolle spielen bei der sozial asymmetrischen Demobilisierung der Wahlbevölkerung die Parteien selbst, wenn sie einerseits immer wieder „die Sachzwänge“ bemühen, die verhindern, dass sie tun, was sie eigentlich wollen, und wenn sie andererseits soziale Lebenslagen immer stärker als Ergebnis individueller Leistung und persönlichen Verhaltens deuten und damit den Einfluss politischer Gestaltung sozialer Rahmenbedingungen für ein „gutes Leben“ leugnen?

Download: www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/Studien/Studien_Abschied.pdf

Erinnerung: Winterschule 2013 – Donnerstag, 3. bis Sonntag 5. Januar

Philosophie-Kulturwissenschaft: Parteiensystem relaoded. / Wirtschaft: Die öffentliche Hand und das Wirtschaftsleben – Die Aufgaben der Bundesländer. Details ArGe-Rundbrief in Politische Berichte 11/2012.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in sechs Wochen am 10. Januar 2013.

Redaktionsschluss: Freitag, 4. Januar.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

7. Februar, 7. März, 4. April, 3. Mai, 6. Juni, 4. Juli, 1. August, 12. Sept., 10. Okt., 7. Nov., 5. Dez. 2013,